

Bayerische Apothekerversorgung



Bayerische
Versorgungskammer

Geschäftsbericht 2014

www.bapv.de



IMPRESSUM

Herausgeber

Bayerische Apothekerversorgung
Postanschrift:
Postfach 81 01 09
81901 München

Verwaltungsgebäude:
Arabellastraße 31
81925 München

Telefon: 089 9235 6
Fax: 089 9235 7041
E-Mail: bapv@versorgungskammer.de
www.bapv.de

Druck:

Offsetdruck Baumann
Meglingerstraße 49
81477 München

Titelbild:

DeVlce - Fotolia.com (München)

Fotos in chronologischer Reihenfolge:

Wolfgang Maria Weber - Bayerische Versorgungskammer

christiane65 - Fotolia.com (Freiburg)

sehbaer_nrw - Fotolia.com (Koblenz)

christiane65 - Fotolia.com (Saarbrücken)

rud1976 - Fotolia.com (Nürnberg)

Dr. Maike Kolbeck - Bayerische Versorgungskammer

Manuel Schönfeld - Fotolia.com (Ravensburg)

Westend61 - Fotolia.com (Trier)

BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

BAYERISCHE APOTHEKERVERSORGUNG

Anstalt des öffentlichen Rechts

Geschäftsführung und Vertretung:

BAYERISCHE VERSORGUNGSKAMMER

NACHRUF

Im Jahr 2014
verstarb

**Frau
Ruthilde Zasche**

Apothekerin

Mitglied des Landesausschusses von 1983 – 2006
und
Mitglied des Verwaltungsausschusses von 1983 – 1998 der Bayerischen Apothekerversorgung

Frau Ruthilde Zasche gehörte über viele Jahre dem Selbstverwaltungsgremium der Bayerischen Apothekerversorgung an und trat mit großem Engagement und Einsatz für die Belange der berufsständischen Versorgung ein.

Die Bayerische Versorgungskammer wird Frau Zasche stets in dankbarer Erinnerung behalten.

NACHRU F

Im Jahr 2015
verstarb

Herr
Dr. Hans-Jürgen La Roche

Apotheker

Mitglied des Landesausschusses von 1983 – 2010
und
Mitglied des Verwaltungsausschusses von 2003 – 2010
der Bayerischen Apothekerversorgung

Herr Dr. Hans-Jürgen La Roche gehörte über viele Jahre dem Selbstverwaltungsgremium der Bayerischen Apothekerversorgung an und trat mit großem Engagement und Einsatz für die Belange der berufsständischen Versorgung ein.

Die Bayerische Versorgungskammer wird Herrn Dr. La Roche stets in dankbarer Erinnerung behalten.

INHALT

Vorwort des Vorstands	9
A. Grundlagen der Bayerischen Apothekerversorgung	11
1. Aufgabe, Verwaltung, Rechtsgrundlagen, Aufsicht	12
2. Im Profil	13
3. Gesellschaftliche Verantwortung	14
B. Lagebericht	17
1. Allgemeines	18
2. Geschäftsentwicklung	20
3. Risikobericht	23
4. Prognosebericht	27
C. Jahresabschluss	31
Bilanz zum 31. Dezember 2014	32
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014	34
Anhang	35
1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	35
2. Erläuterungen zur Bilanz	38
3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	42
4. Sonstige Angaben	45
D. Bericht des Landesausschusses	49
1. Tätigkeit des Landesausschusses	50
2. Tätigkeit des Verwaltungsausschusses	51
3. Beschluss über Lagebericht und Jahresabschluss sowie Entlastung der Geschäftsführung	51
E. Organe und Gremien	53
Landesausschuss	54
Verwaltungsausschuss	58
Bayerische Versorgungskammer	59
Kammerrat	60
F. Statistische Angaben	63



Vorwort des Vorstands

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Geschäftsbericht möchten wir Ihnen einen Überblick über das Geschäftsjahr 2014 geben.

Die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie geopolitische Risiken und deren Auswirkungen stellen institutionelle Anleger wie auch die Bayerische Apothekerversorgung vor große Herausforderungen. Die Finanzmärkte waren auch 2014 geprägt von einem anhaltend niedrigen Zinsniveau und der Staatsanleihenkrise. Doch auch in diesem schwierigen Umfeld können wir als Geschäftsführerin der Bayerischen Apothekerversorgung eine solide Bilanz vorlegen: Unsere Kapitalanlagestrategie mit den Schwerpunkten breite Diversifizierung einerseits und Erwerb von Anlagen mit guter Bonität andererseits zahlt sich einmal mehr aus.

Als Treuhänderin der Altersvorsorgegelder unserer Mitglieder ist es unser Ziel, die Bayerische Apothekerversorgung angesichts des schwierigen Umfelds an den Finanzmärkten stabil zu halten und gleichzeitig die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Dieses Ziel haben wir auch im abgelaufenen Geschäftsjahr erreicht.

Die wesentlichen Geschäftszahlen der Bayerischen Apothekerversorgung bestätigen, dass Ihre Versorgungseinrichtung sicher für die Zukunft ausgerichtet ist. Der weiterhin sehr günstige Verwaltungskostensatz zeigt, dass Ihre Altersversorgung, kombiniert mit den Solidarelementen Hinterbliebenenversorgung und Berufsunfähigkeitsabsicherung, im Vergleich zu anderen Vorsorgealternativen attraktiv ist.

Eine zukunftssichere Versorgungseinrichtung zu gestalten ist unsere Aufgabe und unser Anspruch. Es ist aber immer auch eine gemeinsame Leistung, und wir danken unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit, den Selbstverwaltungsgremien für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und nicht zuletzt unserer Aufsicht für ihren fachlichen Rat und die gute Begleitung.

Wir möchten Sie nun einladen, sich auf den folgenden Seiten ein konkretes Bild von den Ergebnissen 2014 und der Entwicklung der Bayerischen Apothekerversorgung zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



Daniel Just



Ulrich Böger



Reinhard Dehlinger



Reinhard Graf



André Heimrich



GRUNDLAGEN DER BAYERISCHEN APOTHEKERVERSORGUNG

A. GRUNDLAGEN DER BAYERISCHEN APOTHEKERVERSORGUNG

1. Aufgabe, Verwaltung, Rechtsgrundlagen, Aufsicht

Aufgabe

Die Bayerische Apothekerversorgung ist die berufsständische Pflichtversorgungseinrichtung für die Mitglieder der Apothekerkammern in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie für Pharmaziepraktikanten, die im Freistaat Bayern, in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg und im Saarland beruflich tätig sind. Ihre Aufgabe ist es, Mitgliedern und deren Hinterbliebenen eine angemessene Versorgung zu gewähren (Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung).

Verwaltung

Die Bayerische Apothekerversorgung ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung, die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ausschließlich gemeinnützig tätig ist. Ihr Sitz ist München.

Organe der Bayerischen Apothekerversorgung sind der Landesausschuss und die Bayerische Versorgungskammer.

Der Landesausschuss beschließt insbesondere über die Richtlinien der Versorgungspolitik, die Satzung, den Jahresabschluss einschließlich der Entlastung der Geschäftsführung, die Anpassung von Versorgungsanrechten, die Wirtschaftsplanung sowie die Bildung von Ausschüssen und überwacht die Geschäftsführung. Er wählt für seine Amtsdauer einen Vorsitzenden und drei stellvertretende Vorsitzende aus seiner Mitte. Der Landesausschuss hat dem aus seiner Mitte gewählten Verwaltungsausschuss vor allem folgende Angelegenheiten übertragen:

- Unterstützung des Landesausschusses bei der Überwachung der Geschäftsführung;
- Vorbereitung der Entscheidungen des Landesausschusses, insbesondere Vorprüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts;
- Zustimmung zu Erwerb, Bebauung und Veräußerung von Grundstücken.

Die Bayerische Versorgungskammer ist organisationsrechtlich eine staatliche Oberbehörde und wird von einem Vorstand geleitet. Sie ist gemeinsames Geschäfts-

führungs- und Vertretungsorgan der Bayerischen Apothekerversorgung sowie elf weiterer Versorgungseinrichtungen und unterliegt insoweit keinen staatlichen Weisungen. Den Verwaltungsaufwand einschließlich der Personalkosten bestreiten die Versorgungseinrichtungen verursachungsgerecht aus ihren Mitteln.

Der bei der Versorgungskammer gebildete Kammerrat besteht aus 17 Vertretern aller von der Bayerischen Versorgungskammer verwalteten Versorgungseinrichtungen, darunter auch ein Vertreter der Bayerischen Apothekerversorgung. In gemeinsamen Geschäftsführungsangelegenheiten der Versorgungseinrichtungen wirkt der Kammerrat ebenso beratend mit wie bei der Bestellung des Vorstands und der Leiter der Zentralbereiche der Versorgungskammer.

Rechtsgrundlagen

Die unmittelbaren Rechtsgrundlagen der Bayerischen Apothekerversorgung sind:

- das Gesetz über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 2008 (GVBl S. 371, BayRS 763-1-I), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 373 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286),
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz über die Zugehörigkeit der Apotheker und Pharmaziepraktikanten des Landes Rheinland-Pfalz zur Bayerischen Apothekerversorgung vom 17./25. November 1969 (GVBl 1970 S. 187, GVBl für das Land Rheinland-Pfalz 1970 S. 139), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 30. Mai/8. Juni 2005 (GVBl 2006 S. 30 und S. 111, GVBl für das Land Rheinland-Pfalz 2005 S. 542 und 2006 S. 99),
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg über die Zugehörigkeit der Apotheker und Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Württemberg zur Bayerischen Apothekerversorgung vom 5. Mai 1978 (GVBl S. 521, GBl für Baden-Württemberg S. 307), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 30. Mai/17. Juni 2005 (GVBl 2006 S. 36 und S. 126, GVBl für Baden-Württemberg 2006 S. 19 und S. 129),

- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Saarland über die Zugehörigkeit der Apotheker und Pharmaziepraktikanten des Saarlandes zur Bayerischen Apothekerversorgung vom 9./15. November 1984 (GVBl 1985 S. 97, Amtsbl des Saarlandes 1985 S. 185), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 30. Mai/21. Juni 2005 (GVBl 2006 S. 38 und S. 114, Amtsbl des Saarlandes 2005 S. 1874 und 2006 S. 761),
- die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) vom 20. Dezember 1994, zuletzt geändert durch § 1 Nr. 374 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286),
- die Satzung der Bayerischen Apothekerversorgung in der Neufassung vom 11. Dezember 1996 (StAnz Nr. 51/52), zuletzt geändert durch 13. Änderungssatzung vom 26. November 2014 (StAnz Nr. 49).

Die Neufassung der Satzung ist veröffentlicht

- für den Bereich Rheinland-Pfalz im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz 1996 S. 1676,
- für den Bereich Baden-Württemberg im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg 1996 Nr. 52, Beilage Nr. 11/1996,
- für den Bereich Saarland im Amtsblatt des Saarlandes 1996 S. 1511.

Die letzte Änderungssatzung vom 26. November 2014 ist für die vorgenannten Geltungsbereiche veröffentlicht im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz 2014 Nr. 46 S. 1224, im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg 2014 Nr. 47 Zentralblatt S. 19 sowie im Amtsblatt des Saarlandes 2014 Nr. 48 S. 1063.

Aufsicht

Die Bayerische Apothekerversorgung steht unter der Rechts- und Versicherungsaufsicht des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr.

Das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz, das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg sowie das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes wirken aufgrund der Staatsverträge vom 17. / 25. November 1969, vom 5. Mai 1978 und vom 9. / 15. November 1984 an der Rechtsaufsicht über die Tätigkeit der Anstalt in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Saarland mit.

2. Im Profil

Berufsständische Versorgung

Berufsständische Versorgungswerke sind Selbsthilfeeinrichtungen der jeweiligen Berufsstände. Der Gesetzgeber hat hierfür den landesgesetzlichen Rahmen geschaffen. Berufsständische Versorgung ist ein öffentlich-rechtliches Versorgungssystem für die verkammerten freien Berufe und leistet Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenerversorgung.

Effiziente Versorgung

Sichere Versorgung:

Seit 1. Januar 2015 wird das klassische Anwartschaftsdeckungsverfahren, das Versorgungsansprüche aus angesparten Beiträgen der Mitglieder sowie aus Erträgen der Kapitalanlage finanziert, um Elemente des offenen Deckungsplanverfahrens ergänzt. Für die Finanzierung der Rentenansprüche werden zwar weiterhin Erträge aus der Kapitalanlage verwendet, jedoch fließen in die Berechnung weitere Elemente mit ein.

Kostengünstige Versorgung:

Das Versorgungswerk erfasst grundsätzlich alle Kammermitglieder und kann daher auf Werbung und Vermittlungstätigkeit verzichten. So schmälern weder Werbeaufwand und Provisionen noch der bei Aktiengesellschaften übliche Gewinnabfluss an die Aktionäre die Effizienz der Beiträge.

Beitragsorientierte Versorgung:

Während der Kammermitgliedschaft entrichten die Mitglieder aus dem Berufseinkommen Beiträge an das Versorgungswerk. Die Höhe der Versorgung ist deshalb Ergebnis der eingezahlten Beiträge.

Ausbaufähige Versorgung:

Neben den Pflichtbeiträgen können Mitglieder je nach ihren finanziellen Möglichkeiten auch zusätzliche Zahlungen laufend oder sporadisch leisten.

Selbstverwaltete Versorgung:

Das Versorgungswerk wird vom Berufsstand gestaltet und kontrolliert. Transparenz und Kompetenz sind daher gewährleistet.

Solidarische Versorgung:

Das Versorgungswerk ist auch eine große Solidargemeinschaft. Deshalb wird z. B. nicht nach Gesundheitszustand, nach Familienstand und nach der Anzahl der Kinder tarifiert. Die Solidargemeinschaft aller Mitglieder trägt die Risiken gemeinsam. Die berufsständische Versorgung ist vorrangiges Pflichtversorgungssystem vor privaten Vorsorgemaßnahmen.

Leistungen

Das Versorgungswerk leistet

- Altersrente ab dem 67. Lebensjahr (Übergangsfristen existieren für Jahrgänge vor 1967) bzw.
- vorgezogenes Altersruhegeld (frühestens ab dem 62. Lebensjahr mit Übergangsbestimmungen für die Jahrgänge bis 1959, soweit die Mitgliedschaft vor dem 1. Januar 2012 begründet worden ist) mit versicherungsmathematischen Abschlägen bzw.
- Berufsunfähigkeitsrente
- Hinterbliebenenrente an die Witwe/den Witwer oder den nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz eingetragenen Lebenspartner des Mitglieds sowie Halb-/Vollwaisenrente an hinterbliebene Kinder bis längstens zum 27. Lebensjahr, im Fall dauernder Erwerbsunfähigkeit bis längstens zum vollendeten 30. Lebensjahr.

3. Gesellschaftliche Verantwortung

Die Geschäftsführung für die Bayerische Apothekerversorgung sowie für weitere elf Versorgungseinrichtungen wird von der Bayerischen Versorgungskammer wahrgenommen. Mit insgesamt ca. 2,0 Mio. Versicherten und Rentenempfängern, ca. 62 Mrd. Euro Kapitalanlagen und ca. 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern trägt die Bayerische Versorgungskammer damit eine große gesellschaftliche Verantwortung

- gegenüber den Mitgliedern und deren Arbeitgebern,
- als bedeutender Kapitalmarktteilnehmer
- und als Arbeitgeber.

Nachhaltigkeit

Mitglieder und deren Arbeitgeber vertrauen den von der Bayerischen Versorgungskammer vertretenen Versorgungsanstalten die Finanzierung ihrer Altersversorgung an. Die Bayerische Versorgungskammer achtet in besonderem Maße auf die Sicherung nachhaltiger, d. h. über Generationen wirksamer Finanzierungssysteme und gleichzeitig auf eine ertrags- und risikooptimierte Anlagepolitik.

Mit der Unterzeichnung der Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investment der Vereinten Nationen (UNPRI) verpflichtet sich die Bayerische Versorgungskammer auf Prinzipien einer nachhaltigen Kapitalanlage und damit auch ihre Partner am Kapitalmarkt auf Grundsätze gesellschaftlicher Verantwortung.

Bis vor wenigen Jahren galten Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (sogenannte ESG-Kriterien (Environmental, Social und Corporate Governance)) als nicht-finanzmarktrelevante Faktoren und spielten eine untergeordnete Rolle in Unternehmens- und Kapitalanlagestrategien. Mittlerweile hat sich aber die Einsicht durchgesetzt, dass diese Faktoren sehr wohl Einfluss auf Kapitalanlagen haben, da ihre Missachtung ein Risiko für die Reputation und letztlich für Unternehmensbewertungen bedeuten kann. Die Beachtung und transparente Kommunikation dieser ESG-Faktoren, die den Kern nachhaltigen Wirtschaftens beinhalten, können hingegen einen wirtschaftlichen Vorteil bedeuten.

Die Bayerische Versorgungskammer als eine Unternehmensgruppe der öffentlichen Hand und einer der größten Kapitalverwalter in Europa sieht sich damit in der besonderen Verantwortung, der Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage noch stärker als bisher Beachtung zu schenken. Gerade die Finanzkrise zeigte, dass ein Missverhältnis von kurzfristigen Anreizen und langfristiger Entwicklung gravierende Auswirkungen haben kann. Als Vermögensverwalterin der ihr anvertrauten Gelder ist für die Bayerische Versorgungskammer eine langanhaltend stabile Kapitalanlage von zentraler Bedeutung.

Wir sind daher der Überzeugung, dass die Verfolgung einer nachhaltigen Anlagepolitik auch im langfristigen Interesse und zum Wohle der Mitglieder ist.

Die UN-Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investment beinhalten im Einzelnen, dass wir

- im Investmentbereich in die Analyse- und Entscheidungsprozesse ESG-Themen einbeziehen,
- aktiver Treuhänder sein werden und ESG-Themen in unserer Politik und in der Praxis als Aktionär berücksichtigen,
- von den Gesellschaften, in die wir investieren, eine angemessene Offenlegung von ESG-Themen fordern,
- in der Investmentbranche die Akzeptanz und die Umsetzung dieser Grundsätze vorantreiben,
- mit den anderen Unterzeichnern der UNPRI zusammenarbeiten, um unsere Wirksamkeit bei der Umsetzung dieser Grundsätze zu steigern und
- über unsere Aktivitäten und unsere Fortschritte bei der Anwendung der Grundsätze Bericht erstatten.

Grundsätzliche Überzeugungen unserer Anlagephilosophie, wie die breite Diversifikation der Investments, werden nicht tangiert. Vor diesem Hintergrund sind wir sicher, dass die stärkere Berücksichtigung der Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage sich langfristig positiv auf die Performance auswirken wird. Weitergehende Umschichtungen in dem bestehenden Portfolio werden durch unseren Ansatz vermieden.

Compliance

Die Bayerische Versorgungskammer beugt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Korruption vor und verpflichtet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf besondere Compliance-Regelungen. Mit der Bestellung eines Beauftragten für Korruptionsprävention, entsprechenden Regeln, Schulungen der Mitarbeiter und insbesondere durch die Vorbildfunktion der Führungskräfte dokumentiert die Bayerische Versorgungskammer, wie ernst ihr die Einhaltung von Compliance-Regeln ist.

Beschäftigte

Die Bayerische Versorgungskammer bietet am Standort München derzeit ca. 1.200 Menschen sichere und attraktive Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Als verantwortungsbewusster Arbeitgeber schaffen wir nicht nur Ausbildungsplätze für junge Menschen, sondern eröffnen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Behinderung (aktuell ca. 9 % des Personals) eine berufliche Perspektive.

Die Bayerische Versorgungskammer verfolgt seit vielen Jahren eine familienorientierte Personalpolitik. Sie fördert daher aktiv die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit zahlreichen Maßnahmen. 26 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in Teilzeit und sind so in der Lage, ihren familiären Verpflichtungen wie der Kinderbetreuung oder der Pflege älterer Familienangehöriger besser nachzukommen. Mit der im Jahr 2009 erfolgten Zertifizierung der familienorientierten Personalpolitik im Rahmen des Audits **berufundfamilie** setzt die Bayerische Versorgungskammer auch für die Zukunft ein bewusstes Zeichen.

Vielfalt, Toleranz, Fairness und Wertschätzung in der Arbeitswelt sind für uns als öffentlich-rechtlicher Arbeitgeber zentrale Werte. Um dies auch nach außen zu dokumentieren, haben wir die Charta der Vielfalt unterzeichnet und uns dazu verpflichtet, ein von Vorurteilen hinsichtlich Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung freies Arbeitsumfeld zu gewährleisten.



LAGEBERICHT

B. LAGEBERICHT

1. Allgemeines

Entwicklung des Versorgungswerks und seines politischen Umfelds

Das Geschäftsergebnis und die wesentlichen Bestandszahlen im Geschäftsjahr 2014 entsprachen den Erwartungen an die prognostizierte Entwicklung des Versorgungswerks.

Der Bestand an anwartschaftsberechtigten Personen – aktive Mitglieder und sogenannte sonstige Anwartschaftsberechtigte – erhöht sich weiterhin. Die Anzahl an aktiven Mitgliedern bewegt sich seit Jahren auf relativ gleichmäßig hohem Niveau und steigt nur noch in einem geringen Umfang an, nachdem die Bestandszahlen in diesem Segment sogar zum Teil schon rückläufig waren. Die Anzahl der sonstigen Anwartschaftsberechtigten nimmt hingegen prozentual in einem größeren Umfang zu (Aktive: 0,35 % – sonstige Anwartschaftsberechtigte: 9,69 %). Gründe hierfür sind u. a. die Einführung des Regionalitätsprinzips und die Einschränkung der Überleitungsmöglichkeiten von Beiträgen an andere Versorgungseinrichtungen für Apotheker sowie die Einführung der internen Teilung im Rahmen des Eheversorgungsausgleichs.

Die Anzahl der Selbständigen reduzierte sich um 161 Personen auf 5.592, während die Anzahl der Angestellten um 251 Mitglieder auf 20.064 zunahm. Der Trend der Vorjahre setzte sich damit fort.

Auch der Bestand an Versorgungsempfängern erhöhte sich im prognostizierten Umfang.

Insgesamt verwaltet die Bayerische Apothekerversorgung zum 31. Dezember 2014 einen Gesamtbestand (aktive Mitglieder, sonstige Anwartschaftsberechtigte, Versorgungsempfänger) von 39.183 Personen (Vorjahr: 38.440), davon 25.656 aktive Mitglieder, 2.580 sonstige Anwartschaftsberechtigte und 10.947 Versorgungsempfänger. Der Gesamtbestand ist damit um 1,93 % gestiegen.

Erfreulich ist die Steigerung der Beitragseinnahmen in Höhe von 6,4 Mio. € bzw. 3,22 % auf 205,4 Mio. €. Bei der Höhe der Beitragseinnahmen wirkt sich zum einen die Änderung der Parameter in der gesetzlichen Rentenversicherung (Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze um 150 € auf 5.950 € bei gleichbleibendem Beitragssatz) und

die Tarifierhöhung bei den approbierten Angestellten um 1,5 % zum 1. Juli 2014 aus. Die Einnahmen bei den Pflichtbeiträgen haben sich um 4,8 Mio. € erhöht. Zum anderen konnte ein kräftiger Anstieg der freiwilligen Mehrzahlungen um 1,5 Mio. € auf 11,1 Mio. € verzeichnet werden. Im Vergleich zum Umfeld können die Ergebnisse im Bereich der Kapitalanlagen als zufriedenstellend bezeichnet werden. Das schwierige Umfeld spiegelt sich allerdings nicht nur im Ergebnis einzelner Anlagearten wieder, sondern auch in der Rendite.

Für die Bayerische Apothekerversorgung konnte insgesamt eine Bruttorendite von 3,96 % erwirtschaftet werden. Die maßgebliche Nettorendite liegt – unter Berücksichtigung außerordentlicher Erträge und Aufwendungen – bei 3,85 %.

Wie in den Vorjahren, bleibt auch im Berichtsjahr 2014 die Entwicklung des Zinsniveaus weiterhin problematisch. Seit einiger Zeit ist das Problem einer bisher in Europa nicht gekannten Phase niedriger Zinsen zu beobachten. In den vergangenen 20 Jahren haben sich die am Markt erzielbaren Zinsen kontinuierlich nach unten entwickelt. Diese Tendenz hat sich im Berichtsjahr bei den festverzinslichen Anlagen sogar noch verschärft. Die festverzinslichen Papiere, die Hauptbestandteil des Portfolios sind (60,2 %), haben bei einer Neuanlage zum Teil nicht mehr das Niveau des Rechnungszinses im Anwartschaftsverband 3 von 2,5 % erreicht. Zugleich waren die Kapitalmärkte gerade in den letzten Jahren extrem volatil, und ein Ende dieser Entwicklungen ist nicht in Sicht.

Aufgrund dieser anhaltend schwierigen Kapitalmarktsituation und der Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird es immer schwieriger, eine ausreichende Nettoverzinsung zu erzielen. Der Landesausschuss hat daher schon im Jahr 2013 beschlossen, das bisherige System, das Anwartschaftsdeckungsverfahren, um Elemente des offenen Deckungsplanverfahrens zu ergänzen. Mit dieser Maßnahme soll insbesondere die Risikotragfähigkeit erhöht und eine gewisse Flexibilität geschaffen werden. Die Genehmigung der hierfür erforderlichen Satzungsänderung wurde im November 2014 von der Aufsicht erteilt. Die Satzungsänderung ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten.

Die Umstellung des Finanzierungssystems ermöglicht nunmehr eine Änderung der Vorgehensweise bei der strategischen Kapitalanlageplanung. So wurde insbe-

sondere eine neue Methodik entwickelt, die sowohl verschiedene Zeiträume als auch Kriterien (Ertrags- und Risikokennzahlen) berücksichtigt. Die Neuausrichtung führt zu einer deutlichen Ausweitung der Fondsquote bei Reduzierung der Quote der Rentendirektanlage.

Vor dem Hintergrund weiterhin nachhaltig negativer Zinserwartungen auf den Kapitalmärkten und der damit einhergehenden schlechten Risikosituation des Versorgungswerks hat sich der Landesausschuss auf ausdrückliche Empfehlung des Verantwortlichen Aktuars und der Geschäftsführung entschieden, dem Ausbau der Sicherheitsreserven und der Verstärkung der Risikotragfähigkeit des Versorgungswerks Vorrang einzuräumen vor weiteren ohnehin aufgrund geringer frei verfügbarer finanzieller Mittel nur begrenzten Möglichkeiten von Leistungsverbesserungen. Es wurden lediglich die Anwartschaften des Anwartschaftsverbandes 3 (d. h. Anwartschaften, denen ein Rechnungszins von 2,5 % zugrunde liegt) zum 1. Januar 2015 um 0,75 % dynamisiert und damit auf das Niveau des Anwartschaftsverbandes 2 (Anwartschaften mit 3,25 % Rechnungszins) angehoben.

Die einzelnen Kennzahlen zur Geschäftsentwicklung sind unter 2. dargestellt.

Neben den üblichen Verwaltungstätigkeiten und Dienstleistungen, die im Rahmen der Mitgliedererfassung und -betreuung, der Renteneinweisung und Rentenzahlung sowie der damit zusammenhängenden Tätigkeiten erforderlich sind (versicherungsmathematische Dienstleistungen, Kapitalanlagetätigkeit, Baubetreuung und Vermietung, EDV-Technik, Weiterentwicklung der Software usw.) hat der Beratungsaufwand und das Informationsbedürfnis für die Mitglieder in den letzten Jahren sehr zugenommen.

Besonderer Erläuterung bedurften z. B. kapitalanlage-technische und versicherungsmathematische Fragestellungen sowie rechtliche Themenkreise wie z. B. zum Eheversorgungsausgleich oder zum Befreiungsrecht der angestellt Tätigen zugunsten der Bayerischen Apothekerversorgung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung, um nur einige Schwerpunkte zu benennen.

Die Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung ist verstärkt in den Fokus gerückt. Die zunehmend im Bereich der Angestellten restriktive Handhabung des Befreiungsrechts durch die Deutsche Rentenversicherung Bund, die für die Entscheidung über diese Frage zuständig ist, führt zu einem erhöhten Nachfrage- und Erläuterungsbedarf und zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand z. B. durch Rückabwicklungen. Erschwerend kommt hinzu, dass durch die

Rechtsprechung des BSG die bewährte Praxis im Rahmen des Befreiungsverfahrens geändert werden musste.

Dem gesteigerten Informationsbedürfnis sowohl der Selbstverwaltungsgremien als auch der Öffentlichkeit wurde durch ein offensives Informationsangebot Rechnung getragen. Ergänzend hierzu hat das Versorgungswerk – wie in den Vorjahren – im Jahr 2014 den Mitgliedern in den Staatsvertragsländern im Rahmen der Sprechtag eine individuelle Beratung angeboten.

Die Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs über zwei Normenkontrollanträge, die gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 bei der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung erhoben worden sind – die Bayerische Apothekerversorgung hat eine vergleichbare Anhebung vorgenommen – sind im Jahr 2013 ergangen: Der VGH hat die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 für zulässig erachtet. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht die Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs aufgrund eines Formfehlers aufgehoben und an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zurückverwiesen hat, fanden am 28. April 2015 erneut mündliche Verhandlungen in diesen Verfahren statt. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bestätigte aufgrund dessen wiederum die Gültigkeit der Änderungssatzung zur Einführung der Rente ab 67 und wies beide Normenkontrollanträge ab. Die Revision wurde nicht zugelassen.

Eine wichtige Aufgabe kommt dem regelmäßigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Apothekerversorgungswerken in Deutschland zu. Er eröffnet die Möglichkeit, gemeinsame Interessen abzustimmen und zu fördern sowie versorgungspolitische und versorgungstechnische Entwicklungen frühzeitig zu diskutieren und zu koordinieren.

Der Meinungs- und Informationsaustausch mit den anderen Apothekerversorgungswerken sowie der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV) wurde daher im Rahmen der sogenannten Ständigen Konferenz und der Mitgliederversammlung fortgesetzt.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Nach den kräftigen Kursgewinnen im Jahr 2013 wurde bereits von vielen Investoren erwartet, dass es an den Finanzmärkten in 2014 nicht leicht werden würde. Allerdings lagen die meisten Prognosen erneut weit neben den tatsächlich eingetretenen Entwicklungen. So hatte kaum jemand den drastischen Preisverfall beim Öl, den weltweiten Rückgang der Inflationszahlen, die extreme Euroschwäche sowie die Häufung geopolitischer Risiken vorhergesehen.

Im letzten Jahr konnten die Anleger trotzdem sowohl mit Renten- als auch mit Aktienanlagen Vermögenszuwächse erzielen, wobei die Ausprägungen regional sehr unterschiedlich ausfielen. In erster Linie ist diese Entwicklung auf die anhaltend lockere Geldpolitik der global wichtigen Notenbanken zurückzuführen. Dank der geldpolitischen Stimulierung hat sich die Erholung der Weltwirtschaft fortgesetzt, wenn auch mit großen regionalen Divergenzen. Während die Konjunkturerholung in den USA deutlich Fahrt aufgenommen hat, war die Eurozone auch in 2014 das schwächste Glied der Weltwirtschaft.

Eine der größten Überraschungen in 2014 stellte die Entwicklung von Rentenanlagen und hier insbesondere von Staatsanleihen dar. Trotz der bereits niedrigen Renditen, des auslaufenden Anleihenkaufprogramms der US-Notenbank Fed und des anhaltenden Wachstums der globalen Wirtschaft sind die Renditen erstklassiger Staatsanleihen erneut gesunken. Dafür verantwortlich waren die niedrige Inflation und die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, nach den diversen Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung und Bekämpfung der Deflationsgefahr 2015 ihre Bilanzsumme auch durch den Ankauf von Staatsanleihen zu erhöhen. Durch die anhaltende Nachfrage nach möglichst sicheren Anlagen, erzielten z. B. deutsche Staatsanleihen mit 10-jähriger Laufzeit auf Jahressicht eine Performance von 16,7 %. Die Rendite ging im Jahresverlauf von knapp 2 % zu Jahresanfang auf rd. 0,54 % zurück, so dass selbst auf dem bereits niedrigen Zinsniveau noch ein deutlicher Anstieg der Marktwerte erfolgte. Allerdings entwickelten sich einige Staatsanleihen der europäischen Peripherie noch deutlich besser. So gewannen spanische Anleihen 29,1 % und portugiesische Staatsanleihen sogar 34,3 %.

Die Entwicklung der Aktienmärkte war geprägt von großen regionalen Unterschieden. Während Aktien aus den USA und Asien (MSCI Asien ohne Japan) überzeugten, haben die Eurozone und viele Schwellenländer die Erwartungen nicht erfüllt. Im Jahresverlauf brauchten die Anleger, aufgrund politischer Ereignisse wie des Ukraine-Konflikts und der Sanktionen der EU gegenüber Russland sowie der Sorgen vor einem Rückfall der Eurozone in eine erneute Rezession, mehrfach gute Nerven. Die Entwicklung glich nicht einer Einbahnstraße, sondern war geprägt durch zwischenzeitliche größere Kursrückschläge. Der Rhetorik der Notenbanken Europas und der USA ist es schlussendlich zu verdanken, dass die Korrekturphasen schnell überwunden wurden. Insgesamt haben sich global diversifizierte Aktienengagements ausgezahlt.

Weitere wichtige Ereignisse an den globalen Finanzmärkten stellten die Erholung des US-Dollars sowie der deutliche Einbruch des Ölpreises dar. Der US-Dollar profitierte davon, dass die Fed ihr Kaufprogramm für Anleihen auslaufen ließ sowie von der Er-

wartung, dass 2015 die Nullzinspolitik beendet und eine erste Leitzinserhöhung erfolgen wird. Gegenüber dem Euro konnte der US-Dollar um rund 12 % an Wert zulegen; handelsgewichtet verlor der Euro gegenüber den Währungen der Handelspartner 5,7 %. Diese Entwicklung kommt vor allem der Exportwirtschaft zu Gute.

Ein weiterer positiver Faktor für die Konjunkturerholung ist der rasante Preisrückgang des Erdöls. Seit Juni hat sich der Preis für die europäische Ölsorte Brent halbiert und notierte zum Jahresende bei einem Kurs von circa 50 US-Dollar für ein Barrel (rd. 159 Liter). Der Preisrückgang beim Öl strahlte auch auf weitere Rohstoffe des Energiesektors ab. Trotz eines Zugewinns beim Gold von rd. 12 % auf Eurobasis, verzeichnete der breite CRB-Rohstoffindex einen Rückgang von 6,5 %.

Zugehörigkeit zu Verbänden

Die Bayerische Apothekerversorgung ist Mitglied der 1978 gegründeten Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV). Die Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, gemeinsame Interessen der berufsständischen Versorgungswerke zu wahren und zu fördern.

2. Geschäftsentwicklung

Überblick über das Geschäftsjahr

Im Jahr 2014 konnte die Bayerische Apothekerversorgung einen Anstieg des Beitragsaufkommen um 6,4 Mio. € (+ 3,2 %, Vorjahr: + 0,1 %) auf 205,4 Mio. € verzeichnen. Die Nettoerträge aus Kapitalanlagen stiegen um 8,4 Mio. € (+ 3,0 %, Vorjahr: - 0,4 %) auf 285,2 Mio. €. Die Versorgungsleistungen – ohne Regulierungskosten und ohne Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle – erhöhten sich um 13,1 Mio. € (+ 6,2 %, Vorjahr: + 6,0 %) auf 225,8 Mio. €. Die Kapitalanlagebestände stiegen um 249,2 Mio. € (+ 3,4 %, Vorjahr: + 3,6 %) auf 7.538,5 Mio. €.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen sind von 7.392,7 Mio. € (+ 3,5 %, Vorjahr: + 3,6 %) auf 7.649,3 Mio. € gestiegen. Sie dienen dazu, die Versorgungsleistungen dauerhaft erfüllen zu können.

Es bestehen keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Bestandsbewegung

Die Zahl der Anwartschaftsberechtigten erhöhte sich um 318 (Vorjahr: 373) auf 28.236, die Zahl der Versorgungsempfänger nahm um 425 (Vorjahr: 445) auf 10.947 zu.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Witwen	Witwer	Waisen
									Euro	Euro	Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	7.765	20.153	3.746	5.092	197.845.782	1.035	379	270	14.045.008	3.885.573	1.386.354
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	299	864	231	378	15.664.411	74	39	18	1.233.111	433.456	71.462
2. sonstiger Zugang	-	5	-	-	-	-	-	13	-	-	62.418
3. gesamter Zugang	299	869	231	378	15.664.411	74	39	31	1.233.111	433.456	133.880
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	19	12	105	123	4.288.038	38	16	1	369.371	129.527	4.537
2. Beginn der Altersrente	223	355	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	7	21	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-	-	4	75.392	2	4	34	13.860	45.784	193.373
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	79	133	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7. sonstiger Abgang	-	1	-	1	143	-	-	-	-	-	-
8. gesamter Abgang	328	522	105	128	4.363.573	40	20	35	383.231	175.311	197.910
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	7.736	20.500	3.872	5.342	209.146.620	1.069	398	266	14.894.888	4.143.718	1.322.324
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	886	1.694	16*	19*	288.478*	-	-	4*	-	-	4.443*
2. in Rückdeckung gegeben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

*) davon Leistungsempfänger und Leistungen aufgrund Versorgungsausgleich

Kapitalanlagen

Wie bereits eingangs erwähnt, sind die Renditen für festverzinsliche Anlagen im Jahresverlauf erneut stark gesunken. Nachdem wir bereits bis Februar 2014 einen großen Teil der für die Direktanlage vorgesehenen Mittel investiert hatten, konnten wir anschließend den niedrigen Renditen durch Investitionen im Masterfonds ausweichen. Im Versorgungswerk-Masterfonds wurde die Anlagepolitik einer breit gefächerten Diversifizierung weiter verfolgt. Auf Jahressicht wurden vor allem die Immobiliensegmente im Fonds weiter gestärkt. Investitionen erfolgten sowohl bei den Immobilienspezialfonds als auch bei den im Vorjahr aufgelegten REITs (hierbei handelt es sich um börsennotierte Immobiliengesellschaften). Weitere Schwerpunkte stellten die Aufstockung der Aktienengagements, die Auflage und Dotierung von Bank-Loan-Mandaten sowie die Stärkung der bestehenden Absolute Return Mandate dar.

Das Ergebnis des Versorgungswerk-Masterfonds erreichte ein Niveau wie im Vorjahr. Die insgesamt volatilen Finanzmärkte sorgten dafür, dass vor allem taktische und Absolute Return Ansätze mit ihren Ergebnissen hinter den Erwartungen zurück blieben.

Die Ausschüttungen aus dem Versorgungswerk-Masterfonds betrugen insgesamt 77,42 Mio. Euro; der Beitrag für die Nettorendite beträgt somit 1,05 %-Punkte. Auf Basis des durchschnittlich eingesetzten Kapitals im Versorgungswerk-Masterfonds beträgt die Ausschüttungsrendite nach Buchwerten 3,15 %.

Zum Jahresende 2014 waren im Versorgungswerk-Masterfonds 19 Wertpapierspezialfonds und 7 Immobilienspezialfonds enthalten, in denen auf Basis der Buchwerte rund 35,2 % der Kapitalanlagen investiert sind. Insgesamt haben wir derzeit 105 Managementmandate vergeben.

Bei den festverzinslichen Rententiteln in unserem Direktbestand stellen staatsnahe Emittenten sowie gedeckte Anlagen die größte Position. Der gesamte Anteil der festverzinslichen Titel an den gesamten Kapitalanlagen belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 60,2 %.

In der Direktanlage haben wir im Geschäftsjahr keine derivativen Finanzgeschäfte getätigt.

Insgesamt konnten wir Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 300,9 Mio. Euro verzeichnen. Nach Abzug der Aufwendungen für Kapitalanlagen ergibt sich für 2014 ein Nettoertrag von 285,2 Mio. Euro (Vorjahr: 276,8 Mio. Euro).

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen, d. h. die Verzinsung unter Berücksichtigung sämtlicher ordentlicher und außerordentlicher Erträge und Aufwendungen, betrug 3,85 % (Vorjahr: 3,86 %).

Die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen, errechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. empfohlenen Methode, betrug 3,75 % (Vorjahr: 3,73 %).

Der für versicherungsmathematische Zwecke ermittelte technische Zinssatz lag über dem Mischrechnungszins der Anwartschaftsverbände.

Kosten

Die auf die Beitragseinnahmen bezogenen Betriebskosten ergeben für das Berichtsjahr einen Betriebskostensatz von 2,02 %.

Der insbesondere auch die Erträge aus Kapitalanlagen berücksichtigende Gesamtkostensatz beträgt 1,90 %.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Versicherungstechnisch konnte ein positives Jahresrohergebnis (2.207.006 Euro) festgestellt werden. Das sonstige Ergebnis beläuft sich auf - 514.824 Euro. Der Jahresüberschuss betrug 913.000 Euro, dieser wurde vollständig in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

3. Risikobericht

Risikomanagement

Die Bayerische Versorgungskammer verfügt über einen ganzheitlichen Risikomanagementansatz, bei dem die Risiken identifiziert, analysiert und bewertet sowie laufend überwacht werden. Ausgangspunkt sind dabei unsere übergeordneten Ziele, die in der Geschäftsstrategie festgelegt werden und folgenden Kategorien zugeordnet sind:



Hieraus wird unsere Risikostrategie abgeleitet, die den Umgang mit den Risiken vorgibt und die Grundsätze der Risikosteuerung beschreibt.

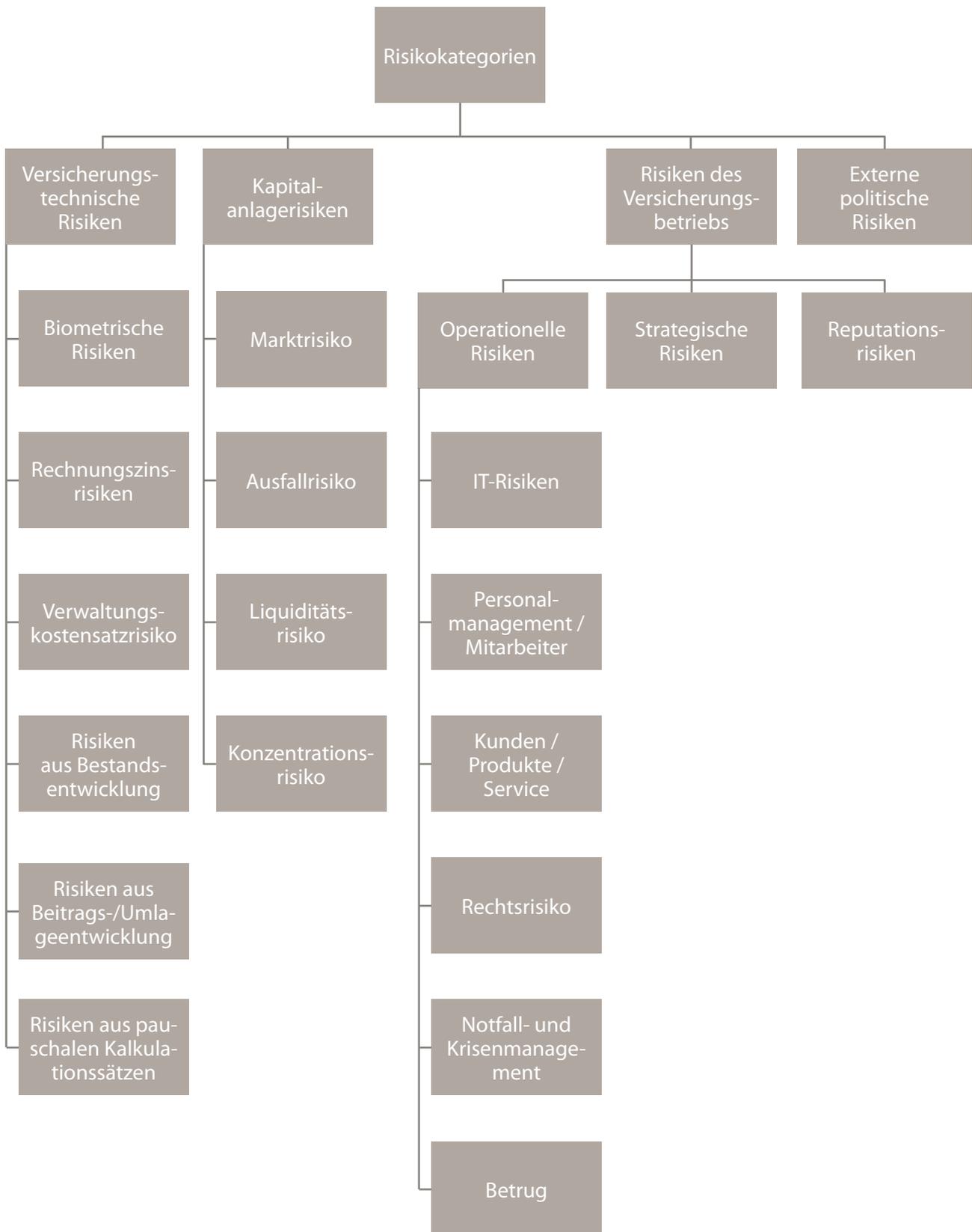
Das Risikomanagement ist als wichtiger Bestandteil unserer Unternehmenssteuerung etabliert. Wir orientieren uns dabei an dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG). Die praktische Umsetzung des Risikomanagements läuft nach folgendem Prozess ab:



Risikoidentifikation

Neben dem operativen Geschäft beobachten wir auch aktuelle Entwicklungen, etwa im Bereich des Kapitalmarktes, der Gesetzgebung oder der Informationstechnologie, um auf Veränderungen rechtzeitig und angemessen reagieren zu können. Diese Aufgabe erfüllen Spezialisten der Bereiche Mathematik, Kapitalanlagen, Informationsverarbeitung und Service sowie der Geschäftsbereiche. Somit haben wir die Risikoverantwortung dezentralisiert und auf die operativen Einheiten verteilt, was uns eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Risiken erlaubt.

Die identifizierten Risiken werden systematisch erfasst und den nachfolgenden Risikokategorien zugeordnet.



Risikoanalyse und Bewertung

Die Risiken werden grundsätzlich im Rahmen von Risikoinventuren regelmäßig analysiert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihres Verlustpotentials bewertet. Hierbei fließen u. a. die Erkenntnisse aus den Asset-Liability-Untersuchungen sowie die versicherungsmathematischen Berechnungen und Simulationen verschiedener Szenarien ein.

Risikosteuerung

Im Rahmen der Risikosteuerung legen wir zunächst den Umgang mit den Risiken fest (Reduzieren, Eliminieren, Überwälzen – z. B. auf Versicherungen – oder Akzeptieren). Im zweiten Schritt werden geeignete Maßnahmen ermittelt und beschrieben sowie deren Umsetzungsgrad im Risikomanagement-System dokumentiert.

Im Rahmen der monatlichen Ertrags- und Risikoanalysen wird im Jahresverlauf überprüft, ob mit dem gewählten Kapitalanlageportfolio die gesetzten Ziele sowie die aktuariellen Mindestanforderungen erfüllt werden können. Diese sind somit Entscheidungsgrundlage für die Festlegung der Allokation. Ferner findet eine regelmäßige Überprüfung der Kapitalanlageplanung statt, ob im Hinblick auf Marktveränderungen Anpassungen notwendig sind.

Risikoüberwachung

Die laufende Überwachung der Risiken ist ein fester Bestandteil unserer Managementaufgaben. Mit Hilfe von regelmäßigen, EDV-gestützten Risikoinventuren aktualisieren die Risikoverantwortlichen den gegenwärtigen Stand der Risikosituation und dokumentieren diesen. Für die Ertrags- und Risikoanalysen im Kapitalanlagebereich werden monatlich stochastische Szenarien über einen Projektionszeitraum von fünf Jahren verwendet. Mit Hilfe dieser stochastischer Simulationen werden aktiv- und passivseitige Projektionen vorgenommen, ausgewertet und in einem Limitsystem dargestellt. Zur Überprüfung der langfristigen Finanzierbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen wird zusätzlich ein Limitsystem mit einem 30-jährigen Betrachtungszeitraum verwendet.

Risikoberichterstattung

Durch eine unternehmensweite Koordination der Risikoberichterstattung wird ein umfassender Überblick über die gesamte Risikosituation der Versorgungseinrichtung ermöglicht. Über Visualisierungen mittels Limitsystem und Risikomatrix können die wesentlichen Risiken frühzeitig erkannt und geeignete Maßnahmen eingeleitet werden.

Risikosituation der Bayerischen Apothekerversorgung

Nachfolgend werden die wesentlichen Risiken beschrieben.

Versicherungstechnische Risiken

Die satzungsrechtlichen bzw. gesetzlichen Leistungsverpflichtungen binden unsere Versorgungseinrichtungen langfristig. Die Rahmenbedingungen können sich aber immer wieder ändern und von den Annahmen des versicherungsmathematischen Geschäftsplans abweichen. Die sich daraus ergebenden Risiken frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, ist ein wichtiger Teil des Risikomanagements. Sollten die tatsächlichen Entwicklungen insbesondere der Kapitalrendite, der Lebenserwartung und der Bestandsentwicklung von den Rechnungsgrundlagen erheblich abweichen, sind mittelfristig Korrekturen des Verhältnisses von Beiträgen und Leistungen erforderlich. Hierzu gehört auch die Überprüfung des Rechnungszinses.

Biometrischen Risiken tragen wir Rechnung, indem wir die Bestandsentwicklung laufend beobachten und die Rechnungsgrundlagen zur Berücksichtigung aktueller Entwicklungen anpassen. Sollten die gewonnenen Erkenntnisse dies erfordern, werden die versicherungstechnischen Rückstellungen entsprechend erhöht und das Beitrags-Leistungs-Verhältnis (Verrentungssatz) entsprechend abgesenkt.

Kapitalanlagerisiken

Für die Bayerische Apothekerversorgung gehört die Umsetzung einer risikokontrollierten und verantwortungsbewussten Kapitalanlagestrategie zu den wichtigsten Unternehmenszielen. Damit soll die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen erreicht werden. Dementsprechend sorgfältig planen wir die Investitionen in die diversen Anlageklassen. Etwaige Zinsrisiken und deren mögliche Auswirkungen auf den Kapitalertrag versuchen wir frühzeitig auf der Basis von Asset-Liability-Untersuchungen abzuschätzen. Die Risiken einzelner Kapitalanlagen, ausgelöst durch negative Entwicklungen auf den Kapitalmärkten (Marktrisiko) oder bei einzelnen Emittenten (Bonitätsrisiko), liegen vor allem in einem dauerhaften Wertverlust einer Anlage. Unsere Kapitalanlageexperten steuern diese Risiken durch eine Reihe von Maßnahmen. Vor allem durch eine entsprechende Mischung und Streuung der Investments sowohl über Anlageklassen als auch über Emittenten vermeiden wir Konzentrationsrisiken und somit eine zu große Abhängigkeit von einzelnen Anlageklassen oder Emittenten. So wird z. B. das Emittentenrating der im Direktbestand gehaltenen festverzinslichen Titel laufend überwacht und regelmäßig berichtet. Auch nach den im Berichtsjahr erneut erfolgten Ratinganpas-

sungen bei vielen Emittenten weisen über 87,6 % der Anlagen ein Rating von A oder besser auf.

Weitere Maßnahmen betreffen die Optimierung der Assetklassen (= Anlageklassen), die genaue und ständige Analyse der Kapitalmärkte sowie Simulationsrechnungen zu möglichen Entwicklungen der Anlageklassen und deren Auswirkungen auf stille Reserven bzw. außerordentliche Abschreibungen. Hierbei führen unsere Experten Szenarioberechnungen sowohl für kurz- als auch für langfristige Zeiträume durch. Die Weiterentwicklung unseres Systems zur Analyse von Ertrags- und Risikokennzahlen bietet uns die Möglichkeit, auf einer gemeinsamen Plattform vielfältige Untersuchungen sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite durchzuführen.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen werden mit den um Tilgungsleistungen gekürzten Nennwerten bewertet. Ändert sich der Marktzins, wirkt sich dies nicht auf die Bilanzierung dieser Anlagepositionen aus. Da sie einen besonders hohen Anteil an unserem Portfolio ausmachen, hat die Verschiebung der Zinsstrukturkurve um einen Prozentpunkt nach oben nur unwesentliche Auswirkungen auf den Gesamtwert unseres Direktbestandes.

Emittenten der von uns gehaltenen Schuldscheine und Namenspapiere sind zum überwiegenden Teil Bund, Länder, öffentlich-rechtliche sowie privatrechtliche Kreditinstitute innerhalb der EU, wobei der Anteil deutscher Emittenten dominiert. Für den Großteil der festverzinslichen Wertpapiere sehen wir aktuell kein erhöhtes Risiko, da auch hier der Anteil der Emittenten mit guter und sehr guter Bonität überwiegt.

Operationelle Risiken

Wesentlicher Erfolgsfaktor sind kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese zu gewinnen und zu binden ist eine kontinuierliche Herausforderung, vor allem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des intensiven Wettbewerbs am Arbeitsmarkt. Insofern besteht das Risiko, dass Leistungsträger das Unternehmen verlassen und mit ihnen Fachwissen verloren geht. Kurzfristige negative Auswirkungen der Fluktuation werden durch entsprechende Stellvertreterregelungen, angemessene Prozessdokumentationen und eine konsequente Nachfolgeplanung minimiert. Um dem Verlust von Fach- und Führungskräften auch weiterhin erfolgreich entgegenzusteuern, bieten wir sichere Arbeitsplätze mit interessanten Entwicklungsmöglichkeiten, eine Vergütung auf der Grundlage der für den öffentlichen Dienst gültigen Tarifverträge und eine betriebliche Altersvorsorge. Neben flexiblen Arbeitszeiten, individuellen Teilzeitmodellen und weiterer Unterstützung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein attraktives Arbeitsumfeld. Hierzu gehören u. a. ein umfassendes

Fortbildungsangebot, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie verschiedene Sozialleistungen. Das Prinzip der Vielfalt und Gleichbehandlung aller Mitarbeiter unterstützt uns dabei, die besten Fach- und Führungskräfte für unser Unternehmen zu gewinnen und langfristig an uns zu binden.

Von zentraler Bedeutung ist auch eine sichere und zukunftsfähige Informationstechnologie. Den Risiken eines Systemausfalls sowie eines Ausfalls technischer Einrichtungen begegnen wir u. a. durch regelmäßige Datensicherung und den Betrieb eines Backup-Rechenzentrums, das die schnelle Wiederherstellung von Daten und Anwendungen ermöglicht. Diese sind durch Zugriffsberechtigungen umfassend geschützt. Nicht zuletzt sichern Firewall-Systeme und Security-Gateways unsere IT-Infrastruktur gegen externe Angriffe. Im Übrigen orientiert sich die BVK in Fragen der Informationssicherheit an den Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Einheitliche Standards für Überwachungs- und Kontrollprozesse, wie etwa das Vier-Augen-Prinzip, gewährleisten auch für die organisatorischen Abläufe ein hohes Sicherheitsniveau.

Die grundlegenden Änderungen im Bereich der Altersversorgungspolitik haben ebenfalls Einfluss auf die Bayerische Apothekerversorgung. Daher beobachten wir Entwicklungen der Gesetzgebung und Rechtsprechung kontinuierlich und systematisch, um frühzeitig auf Änderungen reagieren zu können. Zudem setzt sich die Bayerische Apothekerversorgung über die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV) im politischen Meinungsbildungsprozess aktiv für die Interessen ihrer Mitglieder und Versicherten ein.

4. Prognosebericht

Bestandsentwicklung

Der Neuzugang an Mitgliedern verlief in den letzten Jahren ziemlich konstant; mit größeren Veränderungen ist nicht zu rechnen. Die Anzahl der Versorgungsempfänger wird entsprechend der Altersstruktur des Bestandes in vorhersehbarem Rahmen ansteigen. Hierdurch bedingt wird die Gesamtzahl der aktiven Mitglieder auf hohem Niveau weitgehend stagnieren oder möglicherweise sogar leicht rückläufig sein. In der Zusammensetzung des Bestandes ist in den letzten Jahren eine Verschiebung zugunsten der angestellt tätigen Mitglieder sowie eine konstant ansteigende Quote der weiblichen Mitglieder festzustellen.

Die Zahl der Anwartschaftsberechtigten insgesamt, d. h. der aktiven Mitglieder sowie der Anwartschaftsberechtigten aus früherer Mitgliedschaft bzw. aus Versorgungsausgleich wird zukünftig auch weiterhin steigen.

Beiträge

Die Entwicklung des Beitragsaufkommens im Bereich der Pflichtbeiträge wird aufgrund der allgemeinen maßgeblichen Einflussfaktoren (Mitgliederwachstum, Einkommenssituation, Beitragssatz und Beitragsbemessungsgrenze) weiterhin nur geringfügige Steigerungsraten aufweisen.

Versorgungsleistungen/Anwartschaften

Die Steigerungen bei den Versorgungsleistungen werden planmäßig weiterhin deutlich ausfallen und auch über dem Zuwachs im Rentnerbestand liegen, insbesondere wegen der höheren Eingangsrenten des Rentnerneuzugangs. Diesen Eingangsrenten liegen längere Beitragszeiten und damit höhere Beitragszahlungen und Anwartschaften als bei Eingangsrenten der Vorjahre zugrunde. Sie liegen in der Regel auch deutlich über den durch Tod wegfallenden Bestandsrenten, die auf kürzeren Mitgliedschaftszeiten und geringeren Einzahlungen beruhen.

Die Anwartschaftsanteile, die sich aus der verringerten Verrentung der Beitragszahlungen ab 1. Januar 2006 bzw. 1. Januar 2010 ergeben und denen ein geringerer Rechnungszins zugrunde liegt (3,25 % bzw. 2,5 %), spielen von der Gewichtung der Rentenhöhe noch eine untergeordnete Rolle. Die Absenkung zeigt allerdings jetzt schon eine stärkere Wirkung bei dem künftigen Niveau des Ruhegelds bei Berufsunfähigkeit.

Kapitalanlagen

Die ersten großen Themen für das neue Jahr sind gesetzt und machen deutlich, dass auch 2015 sowohl politisch als auch ökonomisch kein einfaches Jahr wird.

Die EZB hat mit ihrem Anleihekaufprogramm, das von März 2015 bis September 2016 Anleihenkäufe von 60 Mrd. Euro monatlich vorsieht, weitreichende geldpolitische Maßnahmen angekündigt. Ziel ist es, die niedrige Inflation in der Eurozone zu bekämpfen und eine deflationäre Entwicklung zu verhindern. Abzuwarten bleibt, ob das Geld über die Banken, denen die Zentralbank Anleihen abkauft, in Form von Krediten bei Unternehmen und Verbrauchern ankommt. Wenn ja, dann könnte es Konsum und Investitionen anschieben und damit die Konjunktur in Schwung bringen. Sicher scheint, dass die Zinsen im Euroraum weiterhin niedrig bleiben, da auch der Leitzins mit 0,05 % weiterhin historisch niedrig bleibt. Allerdings kann die EZB nur Zeit kaufen, denn für die Verbesserung der Rahmenbedingungen müssen die betroffenen Staaten selbst sorgen.

Nach den Neuwahlen in Griechenland gestalten sich die Bemühungen um eine dauerhafte Lösung der Schuldenkrise außerordentlich schwierig.

Auch der Ölpreis steht im bisherigen Jahresverlauf weiter unter Druck und bringt eine Vielzahl der Ölförderländer in finanzielle Schwierigkeiten.

Ein weiterer Krisenherd brodelt in der Ukraine, wo sich pro-russische Separatisten im Krieg mit der Ukraine befinden. Neben dem militärischen Konflikt werden sich auch die vom Westen verhängten Sanktionen gegen Russland sowohl in der Exportwirtschaft als auch in Russland bemerkbar machen.

Aber auch der Syrien-Konflikt und die Bedrohung durch die Terrorgruppe Islamischer Staat können sich im neuen Jahr nachteilig auf die konjunkturelle Erholung auswirken. Zunächst sollte sich die laufende Erholung der globalen Wirtschaft trotz der möglichen Bedrohungen fortsetzen. Weltweit wird ein Wachstum zwischen drei und vier Prozent erwartet, wengleich dieses auch 2015 sehr ungleich verteilt sein wird. Die USA bleiben der führende Wachstumsfaktor und werden zusammen mit China und Indien das globale Wachstum tragen. Prominentester Nachzügler unter den Industriestaaten bleibt wohl auch im nächsten Jahr die Eurozone, wobei auch dort weiterhin regionale Unterschiede zu erwarten sind.

Trotz aller Herausforderungen sollten die Aktienmärkte insgesamt eine ordentliche Performance erzielen. Gründe dafür sind historisch tiefe Zinsen, die unkritischen Inflationszahlen, eine insgesamt großzügige Geldpolitik und die hohe Rentabilität der Unternehmen. Die globalen Anleihenmärkte hingegen scheinen im Vergleich zu den langfristigen Durchschnittswerten mehr denn je überbewertet zu sein und sind damit weniger attraktiv als Aktien. Der US-Dollar wird durch die erwarteten Zinserhöhungen gegenüber dem Euro wohl weiter an Wert zulegen. Bei diesen Rahmenbedingungen sieht unsere Investitionsplanung vor, die Fondsanlage und auch den Immobilien-Direktbestand weiter zu stärken und die Mittel, die in die Renditedirektanlage fließen, möglichst gering zu halten.

Zusammenfassende Einschätzung

Insgesamt ist künftig einerseits mit einem allenfalls moderaten Anstieg des Mitgliederbestands und Beitragsaufkommens bzw. sogar mit einer Stagnation und andererseits mit einem deutlichen Anstieg des Bestands an Versorgungsempfängern zu rechnen. Diese Entwicklung entspricht für das Versorgungswerk den Erwartungen. Hinsichtlich der Verzinsung der Kapitalanlagen ist für das Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis in Höhe des letzten Jahres zu erwarten. Diese Einschätzung kann allerdings durch jetzt noch nicht vorhersehbare Entwicklungen an den Kapitalmärkten (negativ) beeinflusst werden.

Damit die Bayerische Apothekerversorgung – trotz der historisch niedrigen Neuanlagezinsen und der weiterhin bestehenden Unsicherheiten auf den Kapitalmärkten – auch künftig den aktuariellen Anforderungen genügt und die für die Bedeckung der eingegangenen Verpflichtungen erforderliche Rendite erwirtschaftet, wurden Handlungsalternativen entwickelt und das Anwartschaftsdeckungsverfahren wurde zum 1. Januar 2015 um Elemente des offenen Deckungsplanverfahrens erweitert. Diese Änderungen lassen erwarten, dass die Bayerische Apothekerversorgung zukunftsfest aufgestellt bleibt.



JAHRESABSCHLUSS

C. JAHRESABSCHLUSS

Bilanz zum 31. Dezember 2014

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

AKTIVA	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände				1.329.971	2.172.081
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			347.055.838		391.776.095
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		2.651.768.740			2.258.199.028
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		28.630.009			31.929.509
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		91.696.721			52.500.000
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	2.484.300.000				2.502.300.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.935.000.000	4.419.300.000			2.052.500.000
5. Andere Kapitalanlagen		33.000	7.191.428.470		33.000
				7.538.484.308	7.289.237.632
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer			4.359.811		13.120.733
II. Sonstige Forderungen			21.246.058		8.449.831
				25.605.869	21.570.564
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			362.044		330.851
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			4.333.984		395.446
III. Andere Vermögensgegenstände			19.451.113		18.530.337
				24.147.141	19.256.634
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			95.807.514		98.425.923
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			11.966.057		11.376.687
				107.773.571	109.802.610
Summe der Aktiva				7.697.340.860	7.442.039.521

PASSIVA	Euro	Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gewinnrücklagen Sicherheitsrücklage		26.292.443	25.379.443
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	7.609.523.016		7.357.156.202
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3.473.341		2.904.090
III. Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen	36.319.043		32.629.322
		7.649.315.400	7.392.689.614
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.877.404		8.591.947
II. Sonstige Rückstellungen	1.810.196		2.406.554
		10.687.600	10.998.501
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber: Versicherungsnehmern	2.646.605		2.478.795
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon: aus Steuern: 151.227 Euro (Vorjahr: 247.890 Euro) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 Euro (Vorjahr: 0 Euro)	8.325.749		10.330.187
		10.972.354	12.808.982
E. Rechnungsabgrenzungsposten		73.063	162.981
Summe der Passiva		7.697.340.860	7.442.039.521

Es wird bestätigt, dass die versicherungstechnischen Rückstellungen nach dem zuletzt am 15. Dezember 2014 genehmigten technischen Geschäftsplan berechnet worden sind.

München, 27. Juli 2015



Baader
Versicherungsmathematischer Sachverständiger/
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

Posten	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge Gebuchte Beiträge			205.443.453	199.040.888
2. Beiträge aus der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen			5.440.279	-
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	24.598.323			24.718.547
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	269.138.317	293.736.640		258.307.742
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		7.175.070		9.822.182
			300.911.710	292.848.471
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			12.020	9.146
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		227.645.057		214.553.955
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		569.251		- 66.897
			228.214.308	214.487.058
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen Deckungsrückstellung			252.366.815	247.190.197
7. Aufwendungen für künftige Leistungsverbesserungen			9.130.000	7.450.000
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			4.147.274	4.215.232
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		7.511.242		7.529.441
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		8.223.497		8.493.970
			15.734.739	16.023.411
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			7.320	10.693
11. Versicherungstechnisches Ergebnis			2.207.006	2.521.914

Posten	Euro	Euro	Vorjahr Euro
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	659.545		325.060
2. Sonstige Aufwendungen	1.174.369		1.239.026
		- 514.824	- 913.966
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		1.692.182	1.607.948
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		106.944	140.087
5. Sonstige Steuern		672.238	722.861
6. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		913.000	745.000
7. Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus der Sicherheitsrücklage		-	-
8. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Sicherheitsrücklage		913.000	745.000
9. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		-	-

Anhang

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechtliche Grundlagen

Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden nach Art. 12 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) i. V. m. § 6 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) unter Berücksichtigung des Finanzierungsverfahrens und in entsprechender Anwendung

- des § 55 Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) in der geänderten Fassung vom 26. März 2007,
- der §§ 238 ff., §§ 341 ff. des Handelsgesetzbuches (HGB) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung sowie
- der Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung

wie für eine Pensionskasse aufgestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Abschreibungen erfolgen in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften linear.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, Gebäude mit den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Zusatz- und Sondereinrichtungen in Gebäuden werden regelmäßig einheitlich mit den Gebäuden abgeschrieben. Die planmäßigen Abschreibungen von den Anschaffungs- und Herstellungskosten betragen grundsätzlich 2,5 % p. a. linear auf 40 Jahre. Für neuangeschaffte Wohnimmobilien gilt seit 1. Januar 2010 ein reduzierter Abschreibungssatz von 1,5 %. Wohngebäude haben im Vergleich zu den Büro- und Geschäftsgebäuden eine wesentlich längere Lebenserwartung. Um die tatsächlichen Verhältnisse bei den Wohngebäuden besser wiederzugeben wurde der Abschreibungssatz von 2,5 % auf 1,5 % reduziert.

Wertpapiere und Anteile

Mit entsprechendem Beschluss des Vorstands Ende 2008 wurden die gesamten Fondsanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet. Seitdem wurden alle zugegangenen Fondsanteile und Inhaberschuldverschreibungen dem Anlagevermögen zugeordnet und mit dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen werden mit den um die Tilgungsleistungen gekürzten Nennwerten ausgewiesen. Einbehaltene Disagio-Beträge werden als Passive Rechnungsabgrenzungen geführt und entsprechend der durchschnittlichen Laufzeit anteilig vereinnahmt.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit den um Tilgungsleistungen gekürzten Nennwerten bewertet. Agio- und Disagioträge werden durch Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt. Im Bestand der Bayerischen Apothekerversorgung befinden sich nach IDW RS HFA 22 ausschließlich einfach strukturierte Produkte, welche keiner getrennten Bewertung bedürfen.

Zeitwertermittlung

Die Zeitwertermittlung der Kapitalanlagen haben wir wie folgt vorgenommen:

1. Die Wertermittlung der Immobilien erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen des BauGB, der ImmoWertV vom 19. Mai 2010 und den allgemein anerkannten Richtlinien der Wertermittlung. Die Bewertung wird in der Regel nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren (GDV-Methode II) zum Stichtag 31. Dezember jedes Jahres durchgeführt.
2. Spezialfonds und Inhaberpapiere wurden mit dem Rücknahmepreis bzw. Börsenkurswert zum Jahresschluss 2014 bewertet.
3. Namenspapiere werden auf der Grundlage der Swap-Kurve (Euribor vs. 6 Monate) im ERP-System als Standardtransaktion berechnet. Dabei werden die Spreads (Zinsaufschläge) auf Pfandbriefe vom „Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp)“ und auch differenzierter Spreads für Schuldscheine berücksichtigt.
4. Die strukturierten Produkte werden durch die Kontrahenten monatlich bewertet. Die Kurse werden auf Basis von anerkannten Zinsmodellen ermittelt. Die Bayerische Versorgungskammer verifiziert diese Kurse mit Hilfe eines eigenen Zinsmodells.

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Zins- und Mietforderungen und sonstige Forderungen

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Zins- und Mietforderungen und sonstige Forderungen werden mit dem Nennbetrag bewertet. Anfallende Einzelwertberichtigungen und Abschreibungen zu Beitragsforderungen werden bei den entsprechenden Aktivposten abgesetzt. Mietforderungen werden bei Uneinbringlichkeit abgeschrieben; bei Zweifelhafteit werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Verbleibende Mietforderungen werden abhängig von deren Fälligkeit pauschal wertberichtigt.

Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Vermögensgegenstände	Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Vermögensgegenstände werden zum Anschaffungspreis, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Planmäßige Abschreibungen werden in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften vorgenommen.
Andere Vermögensgegenstände	Andere Vermögensgegenstände werden grundsätzlich mit den Nennwerten ausgewiesen.
Rechnungsabgrenzungsposten	Rechnungsabgrenzungsposten enthalten unter anderem Agio- und Disagiobeträge, die über die Laufzeit der zugrunde liegenden Kapitalanlagen ertragswirksam aufgelöst werden.
Sicherheitsrücklage	Die Bayerische Apothekerversorgung hat aufgrund von Art. 14 VersoG eine Sicherheitsrücklage gebildet. Diese dient der Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versorgungsverhältnissen. Die Mindestzuführung zur Sicherheitsrücklage ist in § 8 der Durchführungsverordnung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) geregelt.
Versicherungstechnische Rückstellungen	<p>Die Deckungsrückstellung wird nach dem versicherungsmathematischen Geschäftsplan errechnet, wobei die Verlängerung der Lebenserwartung im Rahmen einer stufenweisen Anpassung der biometrischen Rechnungsgrundlagen berücksichtigt wird. Als Grundlage hierfür, insbesondere für die Zunahme der Lebenserwartung, dienen die Richttafeln 2006 G der ABV und eigene Beobachtungen.</p> <p>Die am Bilanzstichtag laufenden Versorgungsleistungen in ihrer ab 31. Dezember 2014 erreichten Höhe und die bis zu diesem Zeitpunkt erworbenen Anwartschaften der aktiven Mitglieder werden nach den einzelnen Lebensaltern aufgeteilt und mit den geschäftsplanmäßigen Barwerten bewertet. Der Rechnungszins für die Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2006 entstanden sind, beträgt 4 %, für die Anwartschaften, die ab dem 1. Januar 2006 entstanden sind, 3,25 % und für Anwartschaften, die ab dem 1. Januar 2010 entstanden sind, 2,50 %. Außerdem enthält die Deckungsrückstellung eine Rückstellung für Zins, mit der dem Zinsrisiko aus den Anrechten mit einem Rechnungszins von 4 % und 3,25 % begegnet werden soll. Seit dem Geschäftsjahr 2010 sind geschäftsplanmäßig jährlich Zuführungen zu dieser Rückstellung vorzunehmen.</p> <p>Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Die eingetretenen aber noch nicht bekannten Fälle werden versicherungsmathematisch geschätzt. Eingetretene und bekannte, aber noch nicht regulierte Versicherungsfälle werden in einer Einzelfallbetrachtung bewertet.</p> <p>Die Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen enthält die für Leistungsverbesserungen thesaurierten Mittel. Sie wird aus dem Jahresrohüberschuss dotiert und verringert sich, wenn Mittel zur Finanzierung von Leistungsverbesserungen entnommen werden.</p>
Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft und andere Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag bewertet.
Nichtversicherungstechnische Rückstellungen	<p>Die Pensionsrückstellungen und Beihilferückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 2,75 % berechnet. Rückstellungen für Verpflichtungen aus Alterszeitvereinbarungen werden mit dem Barwert der Verpflichtung mit einem Rechnungszinsfuß von 2,75 % angesetzt.</p> <p>Die übrigen Rückstellungen sind in Höhe der zu erwartenden Ausgaben gebildet.</p>

2. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A. und B. im Geschäftsjahr 2014

	Bilanzwerte Vorjahr Euro	Zugänge Euro	Umbu- chungen Euro	Abgänge Euro	Zuschrei- bungen Euro	Abschrei- bungen Euro	Bilanzwerte Geschäftsjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.172.081	24.081	-	-	-	866.191	1.329.971
B. Kapitalanlagen							
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	391.776.095	23.324.101	-	59.820.860	-	8.223.498	347.055.838
B.II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.258.199.028	393.569.712	-	-	-	-	2.651.768.740
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.929.509	-	-	3.299.500	-	-	28.630.009
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenforderungen	52.500.000	39.196.721	-	-	-	-	91.696.721
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	2.502.300.000	99.000.000	-	117.000.000	-	-	2.484.300.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.052.500.000	33.500.000	-	151.000.000	-	-	1.935.000.000
5. Einlagen bei Kreditinstituten	-	-	-	-	-	-	-
6. Andere Kapitalanlagen	33.000	-	-	-	-	-	33.000
7. Summe B.II.	6.897.461.537	565.266.433	-	271.299.500	-	-	7.191.428.470
Summe B.	7.289.237.632	588.590.534	-	331.120.360	-	8.223.498	7.538.484.308
Insgesamt	7.291.409.713	588.614.615	-	331.120.360	-	9.089.689	7.539.814.279

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls abzüglich von Abschreibungen bilanzierten Kapitalanlagen beträgt bei den Grundstücken 422,40 Mio. € und bei den sonstigen Kapitalanlagen insgesamt 8.173,64 Mio. €.

**zu A.
Immaterielle Vermö-
gensgegenstände –
sonstige**

Es handelt sich um gekaufte Software in Miteigentum mit anderen Versorgungseinrichtungen der Bayerischen Versorgungskammer.

**zu B.
Kapitalanlagen****B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**

Der Grundbesitz setzte sich am Bilanzstichtag aus neun Grundstücken mit Wohnbauten, sieben Grundstücken mit Geschäftsbauten sowie einem Grundstück mit unfertigen Bauten zusammen. Der Hausbesitz der Anstalt umfasste zum Jahresende 1.015 Wohnungen, 129 Mieteinheiten für gewerbliche Nutzungen sowie 1.818 Kfz-Abstellplätze. Der Zugang bei den Wohnbauten ergab sich hauptsächlich durch die Fertigstellung des Objekts Liesenstraße in Berlin (38.519.869 €).

B. II. 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Der Zugang in Höhe von 39.196.721 € betrifft das Hypothekendarlehen Leipziger Platz, Berlin.

**zu C.
Forderungen****C. I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer**

Dieser Posten umfasst nahezu ausschließlich Beitragsforderungen gegenüber Mitgliedern.
Gemessen am Beitragsaufkommen ist der Außenstandssatz von 1,3 % im Vorjahr auf 2,1 % in 2014 gestiegen.

C. II. Sonstige Forderungen

Bei dem ausgewiesenen Betrag handelt es sich hauptsächlich um Forderungen gegenüber dem Cash-Pool (12.915.276 €) und aus dem Haus- und Grundbesitz (7.289.399 €).

**zu D.
Sonstige Vermögensgegenstände****D. I. Sachanlagen und Vorräte**

Der Posten enthält im Wesentlichen die in Miteigentum mit anderen Versorgungseinrichtungen der Bayerischen Versorgungskammer stehende Betriebs- und Geschäftsausstattung der Bayerischen Apothekerversorgung.

D. III. Andere Vermögensgegenstände

Bei dem ausgewiesenen Betrag handelt es sich hauptsächlich um Vorauszahlungen von Versorgungsleistungen (19.361.404 €).

**zu E.
Rechnungsabgrenzungsposten****E. I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten**

Die ausgewiesenen Forderungen beinhalten ausschließlich Zinsforderungen, die anteilig abgegrenzt wurden und im folgenden Geschäftsjahr zur Zahlung fällig werden.

E. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten sind im Wesentlichen der Agio-Bestand aus Schuldscheinforderungen und Darlehen (7.119.347 €) sowie aus Namensschuldverschreibungen (4.775.818 €) enthalten.

Passiva

zu A. Eigenkapital – Sicherheitsrücklage

Die Bayerische Apothekerversorgung bildet aufgrund Art. 14 VersoG eine Sicherheitsrücklage. Zur Zuführung siehe GuV-Posten II. 8.

zu B. Versicherungs- technische Rückstellungen

	2014 €	2013 €	Veränderung €
I. Deckungsrückstellung	7.609.523.016	7.357.156.202	252.366.814
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3.473.341	2.904.090	569.251
III. Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen	36.319.043	32.629.322	3.689.721
Insgesamt	7.649.315.400	7.392.689.614	256.625.786

Die Deckungsrückstellung wird nach dem versicherungsmathematischen Geschäftsplan aus den Rückstellungen für die zum Bilanzstichtag bestehenden Anwartschaften und Verpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern (einschließlich Hinterbliebene), aus der Rückstellung für Zins und aus der Rückstellung für Biometrie gebildet.

Die Rückstellung für Zins als Teil der Deckungsrückstellung, mit der dem Zinsrisiko aus den Anrechten mit einem Rechnungszins von 4 % und 3,25 % begegnet werden soll, erhöhte sich geschäftsplanmäßig auf 170.499.577 € (Vorjahr: 161.419.707 €).

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erhöhte sich auf 3.473.341 € (Vorjahr: 2.904.090 €).

Die Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen (RkL) gliedert sich in zwei Teile. Die gebundene RkL in Höhe von 6.862.399 € enthält den Teil, der auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugewiesene Überschussanteile entfällt. Das ist der Aufwand für die Dynamisierung der Anwartschaften zum 1. Januar 2015. Der freie Teil der RkL (29.456.644 €) enthält den Teil des Rohüberschusses, der für künftige Leistungsverbesserungen zur Verfügung steht, über dessen Verwendung aber noch nicht entschieden wurde.

**zu C.
Andere
Rückstellungen**

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen werden für Beamte bzw. ehemalige Beamte sowie deren Hinterbliebenen aufgrund beamtenrechtlicher Vorschriften gebildet.

C. II. Sonstige Rückstellungen

	2014 €	2013 €	Veränderung €
Beihilfe	1.200.032	1.187.300	12.732
Urlaubsverpflichtungen	170.671	177.273	- 6.602
Jahresabschlusskosten	147.480	142.262	5.218
Überstunden	83.757	96.523	- 12.766
Haus- und Grundbesitz	78.302	627.725	- 549.423
Belegaufbewahrung	77.855	63.981	13.874
Altersteilzeit	27.552	86.274	- 58.722
Prozesse	16.290	15.504	786
sonstige Rückstellungen übrige	8.257	9.712	- 1.455
Insgesamt	1.810.196	2.406.554	- 596.358

**zu D.
Andere
Verbindlichkeiten**

D. I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Die Verbindlichkeiten beruhen überwiegend auf Beitragsüberzahlungen, die nach dem Bilanzstichtag ausgeglichen werden.

D. II. Sonstige Verbindlichkeiten

Der größte Teil des Bilanzpostens entfällt auf Verbindlichkeiten aus dem Haus- und Grundbesitz (8.119.301 €).

**zu E.
Rechnungsabgren-
zungsposten**

Dieser Posten enthält fast ausschließlich die Disagio-Bestände aus Namensschuldverschreibungen (41.966 €) sowie aus Schuldscheinforderungen und Darlehen (23.723 €).

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

zu I. 1. Verdiente Beiträge - gebuchte Beiträge

	2014 €	2013 €
Beiträge	205.479.358	199.210.782
Abschreibungen	- 50.537	- 108.496
Veränderung der Wertberichtigungen	14.632	- 61.398
Insgesamt	205.443.453	199.040.888

Die Erhöhung des Beitragsaufkommens ergab sich aus der Änderung der Beitragsbemessungsgrenze, der Tarifierhöhung bei den approbierten Angestellten sowie durch gestiegene freiwillige Mehrzahlungen.

zu I. 2. Beiträge aus der Rückstellung für künftige Leistungs- verbesserungen

Für die Dynamisierung zum 1. Januar 2014 wurden der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen im Bilanzjahr 5.440.279 € entnommen. Der Aufwand für die Dynamisierung zum 1. Januar 2015 ist in der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen gebunden (siehe Passiva B. Versicherungstechnische Rückstellungen).

zu I. 3. Erträge aus Kapitalanlagen

	2014 €	2013 €
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) aus Grundstücken	24.598.323	24.718.547
bb) aus anderen Kapitalanlagen		
- aus Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	2.178.648	1.092.149
- aus Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	188.195.539	191.786.457
- aus Wertpapieren und Anteilen	78.748.830	65.418.982
- aus Festgeldern, Termingeldern und Spareinlagen bei Kreditinstituten	15.300	10.154
	293.736.640	283.026.289
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		
- Grundbesitz	5.474.570	-
- Wertpapiere	1.700.500	-
- Sondervermögen	-	9.822.182
	7.175.070	9.822.182
Insgesamt	300.911.710	292.848.471

**zu I. 5.
Aufwendungen für
Versicherungsfälle
(einschließlich
Regulierungs-
aufwendungen)**

Leistungsart	2014 €	2013 €
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
Altersruhegeld	197.232.965	184.972.634
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit	6.517.346	6.938.929
Witwen- und Witwergeld	18.336.962	17.452.691
Waisengeld	1.381.016	1.504.140
Unterhaltsberechtigte	41.040	41.040
Summe laufende Versorgungsleistungen	223.509.329	210.909.434
Abfindungen	262.194	203.430
Versorgungsausgleich	706.328	674.690
Einnahmen aus Regressen	- 19.959	- 14.969
Beitragsüberleitungen	1.350.495	885.569
Reha-Leistungen	-	496
Regulierungsaufwand	1.836.670	1.895.305
Summe Zahlungen für Versicherungsfälle	227.645.057	214.553.955
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	569.251	- 66.897
Insgesamt	228.214.308	214.487.058

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erhöhte sich um 569.251 € auf 3.473.341 €.

**zu I. 6.
Veränderung der
übrigen versiche-
rungstechnischen
Netto-Rückstellun-
gen – Deckungsrück-
stellung**

Der ausgewiesene Erhöhungsbetrag entspricht dem Anwachsen der laufenden Leistungsverpflichtungen und der Anwartschaften.

**zu I. 7.
Aufwendungen für
künftige Leistungs-
verbesserungen**

Zu Lasten des Jahresergebnisses wurden 9.130.000 € der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen zugeführt.

**zu I. 8.
Aufwendungen für
den Versicherungs-
betrieb**

Dieser Aufwandsposten stellt den Hauptteil der gesamten persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten dar. Weitere Verwaltungskosten sind in den GuV-Posten Nrn. I. 5. a) und I. 9. a) enthalten.

**zu I. 9.
Aufwendungen für
Kapitalanlagen**

a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen

An Kosten für die Verwaltung der Kapitalanlagen sind 2.487.183 €, an Betriebskosten, Erhaltungsaufwand und sonstigen Kosten für den Grundbesitz 5.024.059 € angefallen.

b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Es handelt sich um planmäßige Abschreibungen auf den Grundbesitz in Höhe von 8.223.497 € (Vorjahr: 8.493.970 €). Abschreibungen auf Wertpapiere mussten nicht vorgenommen werden (Vorjahr: 0 €).

c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen

Es fielen keine Abgangsverluste an (Vorjahr: 0 €).

**zu II. 1.
Sonstige Erträge**

In diesem Posten sind im Wesentlichen die Erträge aus den erbrachten Kapitalanlagendienstleistungen für die Sächsisch-Thüringische Apothekerversorgung (278.902 €), Steuererstattungen (97.216 €) sowie Ausgleichszahlungen von anderen Versorgungswerken für von der Bayerischen Apothekerversorgung verauslagte Kosten (Projekt oDPV, 98.964 €) enthalten.

**zu II. 2.
Sonstige
Aufwendungen**

	2014 €	2013 €
Pensions- und Beihilfeaufwendungen	441.764	469.419
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	274.643	269.466
Beratungskosten	107.264	110.831
Verbandsmitgliedsbeitrag	79.849	78.469
Kapitalanlageleistung für Kooperationspartner	76.755	64.270
Aufwandsentschädigungen	47.754	56.624
Kosten des Jahresabschlusses	42.666	38.996
Ausschüsse	35.284	48.239
Versicherungsaufsichtsgebühren	26.836	22.916
Zuführung zu den nichtversicherungstechnischen Rückstellungen	17.548	39.076
Sonstige	24.006	40.720
Insgesamt	1.174.369	1.239.026

**zu II. 4.
Steuern vom Einkommen und Ertrag**

Der Posten enthält im Wesentlichen die auf Dividendenerträge einbehaltene Kapitalertragsteuer.

**zu II. 5.
Sonstige Steuern**

Hierbei handelt es sich um die Grundsteuer für den Haus- und Grundbesitz der Anstalt.

**zu II. 8.
Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Sicherheitsrücklage**

Der Jahresüberschuss in Höhe von 913.000 € wurde vollständig der Sicherheitsrücklage zugeführt. Die Zuführung entspricht der Mindestzuführung nach § 8 der Durchführungsverordnung zum Versorgungsgesetz.

4. Sonstige Angaben

Persönliche Aufwendungen

	2014 €	2013 €
1. Löhne und Gehälter	4.725.373	4.269.772
2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	771.761	763.984
3. Aufwendungen für Altersversorgung	300.240	676.984
Aufwendungen insgesamt	5.797.374	5.710.740

Bezüge der Organe

Die Organe der Bayerischen Apothekerversorgung sind auf Seite 53 ff. aufgeführt.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands der Bayerischen Versorgungskammer richtet sich nach Dienstverträgen in Anlehnung an das bayerische Beamtenbesoldungsrecht, die Bezüge der Beamten nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften, die Vergütung der Angestellten nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder. Die Versorgungsbezüge der früheren Vorstandsmitglieder entsprechen den Regelungen des bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes.

Die Mitglieder des Landesausschusses sind ehrenamtlich tätig (vgl. Erläuterung zu GuV Posten Nr. II. 2. Sonstige Aufwendungen, Seite 44 des Geschäftsberichts).

Mitarbeiterkennzahlen

Die Geschäftsführung der Bayerischen Versorgungskammer erfolgt gem. Art. 6 Abs. 2 Satz 1 VersoG im organisatorischen, sächlichen und personellen Verwaltungsverbund; dementsprechend sind die in der Bayerischen Versorgungskammer tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Arbeitnehmer aller von der Bayerischen Versorgungskammer verwalteten Versorgungseinrichtungen. Die beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Beamte des Freistaats Bayern.

Die für die Bayerische Apothekerversorgung anzugebende durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter berücksichtigt zum einen die ausschließlich ihr zurechenbaren Beschäftigten und zum anderen den aus der Kostenverteilung rechnerisch abgeleiteten Anteil der für mehrere Versorgungseinrichtungen tätigen Beschäftigten.

Mitarbeiter mit Vergütung

Die Kennzahl wurde unter Berücksichtigung der aufgrund Altersteilzeitvereinbarung freigestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Durchschnitt der Quartalsstichtage ermittelt.

	2014	2013
Beschäftigte (Beamte und Arbeitnehmer)	98	92
davon befristet Beschäftigte	4	2
davon Teilzeitbeschäftigte	30	28

Mitarbeiter nach Kapazität

	2014	2013
Mitarbeiter nach Kapazitäten	86	80

Tarifvertraglich bedingt sind 40,1 Wochenstunden Basis der Berechnung.

Der Vorstand dankt allen mit der Tätigkeit der Bayerischen Apothekerversorgung befassten Stellen und Gremien für die Unterstützung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die von ihnen geleistete Arbeit.

München, den 28. Juli 2015

Bayerische Versorgungskammer
Der Vorstand



Daniel Just



Ulrich Böger



Reinhard Dehlinger



Reinhard Graf



André Heimrich

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bayerischen Apothekerversorgung, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, die gemäß Art. 12 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung anzuwenden sind, liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben

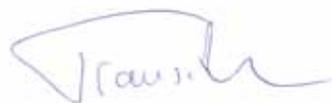
beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 28. Juli 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Frank Trauschke
Wirtschaftsprüfer



ppa. Jörg Brunner
Wirtschaftsprüfer



BERICHT DES LANDESAUSSCHUSSES

D. BERICHT DES LANDESAUSSCHUSSES

1. Tätigkeit des Landesausschusses

Im Geschäftsjahr 2014 traf sich der Landesausschuss zu einer Sitzung am 14. Oktober 2014 in München.

Der Landesausschuss nahm folgende Berichte zustimmend zur Kenntnis:

- den Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses über die Tätigkeit dieses vorbereitenden Gremiums seit der letzten Landesausschusssitzung,
- den Bericht der Geschäftsführung über das Geschäftsjahr und den Jahresabschluss 2013,
- den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zur versicherungstechnischen Lage,
- den Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über das Prüfungsergebnis,
- den Bericht der Geschäftsführung zur Kapitalanlage,
- den Bericht der Geschäftsführung über die Wirtschaftsplanung 2015,
- den Bericht aus Kammerrat und Verwaltung,
- den Bericht zum Stand der Umsetzung der Beschlüsse zur Ergänzung des Anwartschaftsdeckungsverfahrens um Instrumente des offenen Deckungsplanverfahrens sowie
- den Bericht aus dem Umfeld der ABV

Darüber hinaus hat der Landesausschuss die Vorgehensweise und die Ergebnisse der Neuausrichtung der strategischen Kapitalanlageplanung, die u. a. eine Erhöhung der Fondsquote bei der Kapitalanlage vorsieht, zustimmend zur Kenntnis genommen. Dem Landesausschuss wurde zudem erstmalig das umfassende versicherungsmathematische Gutachten, das der Verantwortliche Aktuar mindestens zum Abschlussstichtag eines jeden fünften Geschäftsjahrs zu erstellen hat, vorgestellt und erläutert.

Er fasste im Übrigen im Wesentlichen folgende Beschlüsse:

- Zum Jahresabschluss und Lagebericht 2013:
„1. Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 und der Lagebericht sind durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft München, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Dem Ergebnis dieser Prüfung stimmt der Landesausschuss zu.

2. Der Landesausschuss billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Geschäftsführung. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.
3. Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.
4. Der Landesausschuss stimmt dem Vorschlag der Geschäftsführung für den Bericht des Landesausschusses (Abschnitt D des Geschäftsberichts) für das Jahr 2013 zu.“

- Zur Dynamisierung:
„1. Zum 1. Januar 2015 werden die Anwartschaften, die im Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2014 erworben wurden und denen ein Rechnungszins von 2,5 % zugrunde liegt, um 0,75 % erhöht.
2. Die Anwartschaften des Anwartschaftsverbandes 1 (d. h. Anwartschaften, die bis 31. Dezember 2005 erworben wurden), die Anwartschaften des Anwartschaftsverbandes 2 (d. h. Anwartschaften, die zwischen dem 1. Januar 2006 und dem 31. Dezember 2009 erworben wurden) sowie die laufenden Versorgungsleistungen werden nicht erhöht.“
- Zur Wirtschaftsplanung:
„Der Landesausschuss stimmt der Wirtschaftsplanung 2015 zu.“
- Zur Aufwandsentschädigung:
„Ab 1. Januar 2015 wird der Betrag für die Sitzungspauschale nach § 5 Abs. 5 in Verbindung mit § 6 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 der Satzung von derzeit 275,00 € je Sitzungstag auf 300,00 € je Sitzungstag erhöht.“

Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Beschlüsse im schriftlichen Abstimmungsverfahren gefasst.

Zum Ablauf des Geschäftsjahres endete die laufende Amtsperiode 2011/2014 des Landesausschusses.

2. Tätigkeit des Verwaltungsausschusses

Der Verwaltungsausschuss trat im Berichtsjahr zu drei Sitzungen zusammen. Ferner fasste er einen Beschluss im schriftlichen Verfahren.

Wesentliche Inhalte waren:

Tagesordnungspunkte in allen Sitzungen waren der Bericht über die Entwicklung der Kapitalanlagen, die Tätigkeit des Kammerrats und der Verwaltung sowie der Bericht aus dem Umfeld der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen.

Sitzung 27. März 2014

In der Märzsession nahm der Verwaltungsausschuss darüber hinaus Berichte

- über die vorläufigen Geschäftsdaten,
- über das vorläufige Kapitalanlageergebnis 2013, die aktuelle Kapitalmarktsituation und die Kapitalanlageplanung 2014 sowie zur Immobilienanlage,
- zum Sachstand der Ergänzung des Anwartschaftsdeckungsverfahrens um Instrumente des offenen Deckungsplanverfahrens und
- zum Befreiungsrecht von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung entgegen.

Der Verwaltungsausschuss stimmte der taktischen Kapitalanlageplanung zu. Ferner beriet der Verwaltungsausschuss über die Aufwandsentschädigung und empfahl dem Landesausschuss, die Höhe der Sitzungspauschale von 275,00 € auf 300,00 € je Sitzungstag zu erhöhen.

Sitzung 3. Juni 2014

In der Junisitzung wurde dem Verwaltungsausschuss neben den Standardthemen erstmalig das umfassende versicherungsmathematische Gutachten vorgestellt. Darüber hinaus wurde der Verwaltungsausschuss über die aktuellen Entwicklungen im Bereich des Befreiungsrechts von der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere über die Urteile des Bundessozialgerichts zu den sogenannten Syndikusanwälten sowie über die geplante Veranstaltung zum 90-jährigen Bestehen der Bayerischen Apothekerversorgung 2015 informiert.

Im Übrigen befasste sich der Verwaltungsausschuss mit der regionalen Sitzverteilung im Landesausschuss in der Amtsperiode 2015/2018.

Schriftliches Verfahren 25. Juni bis 9. Juli 2014

Im schriftlichen Verfahren stimmte der Verwaltungsausschuss dem Verkauf der Immobilie Friedrichs-Carré in Stuttgart zu.

Sitzung 23. September 2014

Die Sitzung am 23. September 2014 diente hauptsächlich der Vorbereitung der Landesausschusssitzung am 14. Oktober 2014; weiterer Schwerpunkt war die strategische Neuausrichtung der Kapitalanlagen.

3. Beschluss über Lagebericht und Jahresabschluss sowie Entlastung der Geschäftsführung

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 und der Lagebericht sind durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Dem Ergebnis dieser Prüfung stimmt der Landesausschuss zu.

Der Landesausschuss billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Geschäftsführung. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.

München, den 14. Oktober 2015

Der Landesausschuss



Thomas Benkert
Vorsitzender des
Landesausschusses



ORGANE UND GREMIEN

E. ORGANE UND GREMIEN

Die 2012 erstmals von der BVK angebotenen Schulungen für Gremienmitglieder wurden 2014 erfolgreich fortgesetzt. Die rege Nachfrage und das äußerst positive Feedback bestätigen sowohl das Konzept als auch die Inhalte des Fortbildungsangebots.

Für neue Mitglieder ist dies eine gern genutzte Option, sich umfassendes Wissen zu erwerben. Langjährig aktive Mitglieder schätzen das Angebot, um ihre Kenntnisse zu vertiefen.

Landesausschuss

(Amtsperiode von 2011 bis 2014)

Mitglieder	Stellvertreter (in Reihenfolge)
a) Selbstständige Apotheker/innen	
Bayern	
Karl-August Beck Fürth	Josef Kammermeier Regensburg
Thomas Benkert Mammendorf Präsident der Bayerischen Landesapothekerkammer	Thomas Hieble Unterhaching
Ursula Bockhorni-Imhoff Garmisch-Partenkirchen	Sabine Wölfer Bad Reichenhall
Dr. Hans-Peter Hubmann Kulmbach	Dr. Doris Unterreitmeier Gräfelfing
Dr. Ulrich Krötsch München Ehrenpräsident der Bayerischen Landesapothekerkammer	
Thomas Leitermann Mühlhof a. Inn	
Maximilian Konstantin Lernbecher Dachau	
Johannes Metzger Scheinfeld - Vorsitzender - Ehrenpräsident der Bayerischen Landesapothekerkammer	
Baden-Württemberg	
Jürgen Frasch Weinstadt	Dr. Ursula Barthlen Dußlingen
Dr. Günther Hanke Heilbronn - 3. stellv. Vorsitzender - Präsident der Landesapotheker- kammer Baden-Württemberg	Nicole-Tina Steege Bad Herrenalb
Dr. Peter Kaiser Fellbach	Hannes Höltzel Reutlingen
Gretel Kleinknecht Metzingen	
Gerhard Schmidt Ravensburg	
Dr. Wolfgang Strölin Esslingen	

Mitglieder		Stellvertreter (in Reihenfolge)	
Rheinland-Pfalz			
Dr. Andreas Kiefer Koblenz-Neuendorf	- 2. stellv. Vorsitzender - Präsident der Landesapotheker- kammer Rheinland-Pfalz	Peter Stahl Neustadt	Vizepräsident der Landesapo- thekerkammer Rheinland-Pfalz
Dr. Hartmut Schmall Schweich	Ehrenpräsident der Landesapo- thekerkammer Rheinland-Pfalz	Jörg Schulze Schönenberg-Kübelberg	
Burkhard Zang Irrel		Claudia Alten *) Trier	
Saarland			
Manfred Saar Heusweiler-Holz	- 1. stellv. Vorsitzender - Präsident der Apothekerkam- mer des Saarlandes	Christine Schoppe *) Merchweiler-Wemmetweiler	Stellv. Präsidentin der Apothe- kammer des Saarlandes
		Theo Hertewich Wadgassen-Schaffhausen	

*) Apothekenmitarbeiterin

Mitglieder		Stellvertreter (in Reihenfolge)	
b) Apothekenmitarbeiter/innen			
Bayern			
Christiane Engel Stein bei Nürnberg		Claudia Brunner Dachau	
Sabine Fuchsberger-Paukert Gauting		Alexander Klenner Germering	
Dr. Konrad Habryka Tregast		Anna-Helene Dick Oberschleißheim	
Cynthia Milz Kulmbach		Ina Foerster-Köhler Winkelhaid	
Ludwig Müller Nürnberg		Ines Troendle Haar	
Eva-Maria Plank Trostberg			
Jutta Rewitzer Furth im Wald	Vizepräsidentin der Bayerischen Landesapothekerkammer		
Elke Wanie Bad Aibling			
Margit Wendl Amberg			
Baden-Württemberg			
Karin Graf Weinheim	Vizepräsidentin der Landesapothe- kammer Baden-Württemberg	Beate Predel Tübingen	
Elfriede Hoffmann Rottweil		Anke Bayer Esslingen	
Dr. Sigrun Rich Stuttgart		Dr. Martin Braun Gaggenau	
Dr. Wolfgang Ullrich Bad Säckingen			
Dr. Lutz Vogel Ostfildern			

Mitglieder	Stellvertreter (in Reihenfolge)
Rheinland-Pfalz	
Isabel Christmann Hamm	(Stellvertreter/innen für Gruppe Apothekenmitarbeiter/innen in Gruppe Selbstständige Apotheker/innen)
Erika Moser Landau	

Landesausschuss

(Amtsperiode von 2015 bis 2018)

Mitglieder	Stellvertreter (in Reihenfolge)
a) Selbstständige Apotheker/innen	
Bayern	
Thomas Benkert Mammendorf	- Vorsitzender - Präsident der Bayerischen Landesapothekerkammer
Dr. Hans-Peter Hubmann Kulmbach	Josef Kammermeier Regensburg
Thomas Leitermann Mühldorf a. Inn	Thomas Hieble Unterhaching
Maximilian Konstantin Lernbecher Dachau	Sabine Wölfer Bad Reichenhall
Dr. Christian Machon Unsleben	Ulrich Koczian Augsburg
Johannes Metzger Scheinfeld	Ehrenpräsident der Bayerischen Landesapothekerkammer
Dr. Doris Unterreitmeier Gräfelfing	
Baden-Württemberg	
Dr. Ursula Barthlen Dußlingen	Nicole-Tina Steege Bad Herrenalb
Jürgen Frasch Weinstadt	Christof Föhl Esslingen
Dr. Günther Hanke Heilbronn	- 2. stellv. Vorsitzender - Präsident der Landesapotheker- kammer Baden-Württemberg
Dr. Peter Kaiser Fellbach	Hannes Höltzel Reutlingen
Gerhard Schmidt Ravensburg	
Dr. Wolfgang Strölin Esslingen	

Mitglieder		Stellvertreter (in Reihenfolge)
Rheinland-Pfalz		
Dr. Andreas Kiefer Koblenz-Neuendorf	- 1. stellv. Vorsitzender - Präsident der Landesapotheker- kammer Rheinland-Pfalz	Claudia Alten Trier
Peter Stahl Neustadt	Vizepräsident der Landesapo- thekerkammer Rheinland-Pfalz	Isabel Christmann *) Hamm
Burkhard Zang Irrel		Jörg Schulze Schönenberg-Kübelberg
Saarland		
Manfred Saar Heusweiler-Holz	- 3. stellv. Vorsitzender - Präsident der Apothekerkam- mer des Saarlandes	Christine Schoppe *) Merchweiler-Wemmetweiler
		Stellv. Präsidentin der Apothe- kammer des Saarlandes
		Theo Hertewich Wadgassen-Schaffhausen

*) Apothekenmitarbeiterin

Mitglieder		Stellvertreter (in Reihenfolge)
b) Apothekenmitarbeiter/innen		
Bayern		
Professor Dr. Frank Dörje Erlangen		Alexander Klenner Germering
Sabine Fuchsberger-Paukert Gauting		Anna-Helene Dick Oberschleißheim
Dr. Konrad Habryka Trebgest		Ines Troendle Haar
Sybille Krauß Nürnberg		Margit Wendl Amberg
Cynthia Milz Kulmbach		Dagmar Berger Deisenhofen
Ludwig Müller Nürnberg		
Eva-Maria Plank Trostberg		
Jutta Rewitzer Furth im Wald	Vizepräsidentin der Bayerischen Landesapothekerkammer	
Dr. Volker Schmitt Elsenfeld		
Elke Wanie Bad Aibling		
Baden-Württemberg		
Karin Graf Weinheim	Vizepräsidentin der Landesapothe- kammer Baden-Württemberg	Beate Predel Tübingen
Elfriede Hoffmann Rottweil		Dr. Martin Braun Gaggenau
Dr. Sigrun Rich Stuttgart		Silke Laubscher Heidelberg
Dr. Wolfgang Ullrich Bad Säckingen		
Dr. Lutz Vogel Ostfildern		

Mitglieder	Stellvertreter (in Reihenfolge)
Rheinland-Pfalz	
Bernadette Arnoldi Mainz	(Stellvertreter/innen für Gruppe Apothekenmitarbeiter/innen in Gruppe Selbstständige Apotheker/innen)
Dr. Esther Werle-Nötzel Saarburg	

Verwaltungsausschuss

(Amtsperiode von 2011 bis 2014)

Mitglieder	Stellvertreter/innen (persönlich zugeordnet)
Karl-August Beck Fürth	Cynthia Milz Kulmbach
Thomas Benkert Mammendorf	Dr. Hans-Peter Hubmann Kulmbach
Dr. Günther Hanke Heilbronn	- 3. stellv. Vorsitzender - Karin Graf Weinheim
Dr. Peter Kaiser Fellbach	Dr. Wolfgang Ullrich Bad Säckingen
Dr. Andreas Kiefer Koblenz-Neuendorf	- 2. stellv. Vorsitzender - Dr. Hartmut Schmall Schweich
Johannes Metzger Scheinfeld	- Vorsitzender - Elke Wanie Bad Aibling
Jutta Rewitzer Furth im Wald	Thomas Leitermann Mühdorf am Inn
Manfred Saar Heusweiler-Holz	- 1. stellv. Vorsitzender - Christine Schoppe Merchweiler-Wemmetsweiler

Verwaltungsausschuss

(Amtsperiode von 2015 bis 2018)

Mitglieder	Stellvertreter/innen (persönlich zugeordnet)
Cynthia Milz Kulmbach	Professor Dr. Frank Dörje Erlangen
Johannes Metzger Scheinfeld	- Vorsitzender - Elke Wanie Bad Aibling
Jutta Rewitzer Futh im Wald	Thomas Leitermann Mühdorf am Inn
Thomas Benkert Mammendorf	Dr. Hans-Peter Hubmann Kulmbach
Dr. Günther Hanke Heilbronn	- 2. stellv. Vorsitzender - Karin Graf Weinheim
Dr. Peter Kaiser Fellbach	Dr. Wolfgang Ullrich Bad Säckingen
Dr. Andreas Kiefer Koblenz-Neuendorf	- 1. stellv. Vorsitzender - Peter Stahl Neustadt
Manfred Saar Heusweiler-Holz	- 3. stellv. Vorsitzender - Christine Schoppe Merchweiler-Wemmetsweiler

Bayerische Versorgungskammer

Vorstand	
Daniel Just Gerhard Raukuttis	Vorsitzender des Vorstands Mitglied des Vorstands und stellv. Vorsitzender des Vorstands (bis 31.01.2015)
Ulrich Böger	Stellvertretendes Mitglied des Vorstandes (01.01.2014 bis 31.01.2015) Mitglied des Vorstands und stellv. Vorsitzender des Vorstands (ab 01.02.2015)
Reinhard Dehlinger Reinhard Graf André Heimrich	Mitglied des Vorstands Mitglied des Vorstands Mitglied des Vorstands
Bereich Berufsständisches Versorgungswesen (ohne Ärzteversorgung) und betriebliche Altersversorgung (ohne kommunale und kirchliche Zusatzversorgung)	
Ulrich Böger Elisabeth von Bonhorst	Bereichsleiter Abteilungsleiterin
Bereich Informationsverarbeitung	
Robert Notz	Bereichsleiter
Bereich Kapitalanlagen	
André Heimrich	Bereichsleiter
Bereich Mathematik	
Helmut Baader	Bereichsleiter und Verantwortlicher Aktuar
Bereich Service	
Werner König	Bereichsleiter

Kammerrat

(Amtsperiode vom 8. März 2013 bis 7. März 2019)

Mitglieder	Stellvertreter
Bayerische Ärzteversorgung	
Dr. Lothar Wittek - stellv. Vorsitzender -	Dr. Max Kaplan Prof. Dr. Frieder Hessenauer
Dr. Michael Förster	Dr. Florian Kinner Dr. Günter Schneider
Dr. med. vet. Karl Eckart	Dr. Irmgard Rieger Dr. Sabine Schall
Bayerische Apothekerversorgung	
Johannes Metzger - Vorsitzender -	Manfred Saar Dr. Andreas Kiefer
Bayerische Architektenversorgung	
Dipl.-Ing. (FH) Robert Winzinger	Dipl.-Ing. Hartmut Rüdiger Dipl.-Ing. Frank Böhme
Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung	
Harald Ochsner	Paul Kokott Ernst Rabenstein
Bayerische Ingenieurversorgung - Bau mit Psychotherapeutenversorgung	
Prof. Dipl.-Ing. Rolf Sennewald	Dipl.-Ing. Joachim Stübner Dr. phil. Dipl.-Psych. Nikolaus Melcop
Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen	
Hans Herdlein	Rolf Bolwin Jürgen Schitthelm
Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester	
Rolf Bolwin	Gerald Mertens Andreas Masopust
Versorgungsanstalt der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger	
Hans-Günther Beyerstedt	Andreas Ehlert Klaus Dank
Versorgungsanstalt der Kaminkehrergesellen mit Pensionskasse des Schornsteinfegerhandwerks	
Sascha Schweizer	David Villmann Torsten Litschke
Bayerischer Versorgungsverband	
Dr. Jürgen Busse	Bernd Buckenhofer Heinz Karg
Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden	
Dr. Armin Augat - stellv. Vorsitzender - Harald Seiter Rudolf Winter Dominik Schirmer	Josef Hasler Markus Loth Norbert Flach Hildegard Schwering Franz Stahl (Mitglieder-Ersatzvertreter) Angelica Hagenstein (Versicherten-Ersatzvertreterin) (bis 21.10.2014) Erich Sczepanski (Versicherten-Ersatzvertreter) (ab 22.10.2014)
Versorgungswerk des Bayerischen Landtags	
Reinhold Bocklet	Inge Aures



STATISTISCHE ANGABEN

F. STATISTISCHE ANGABEN

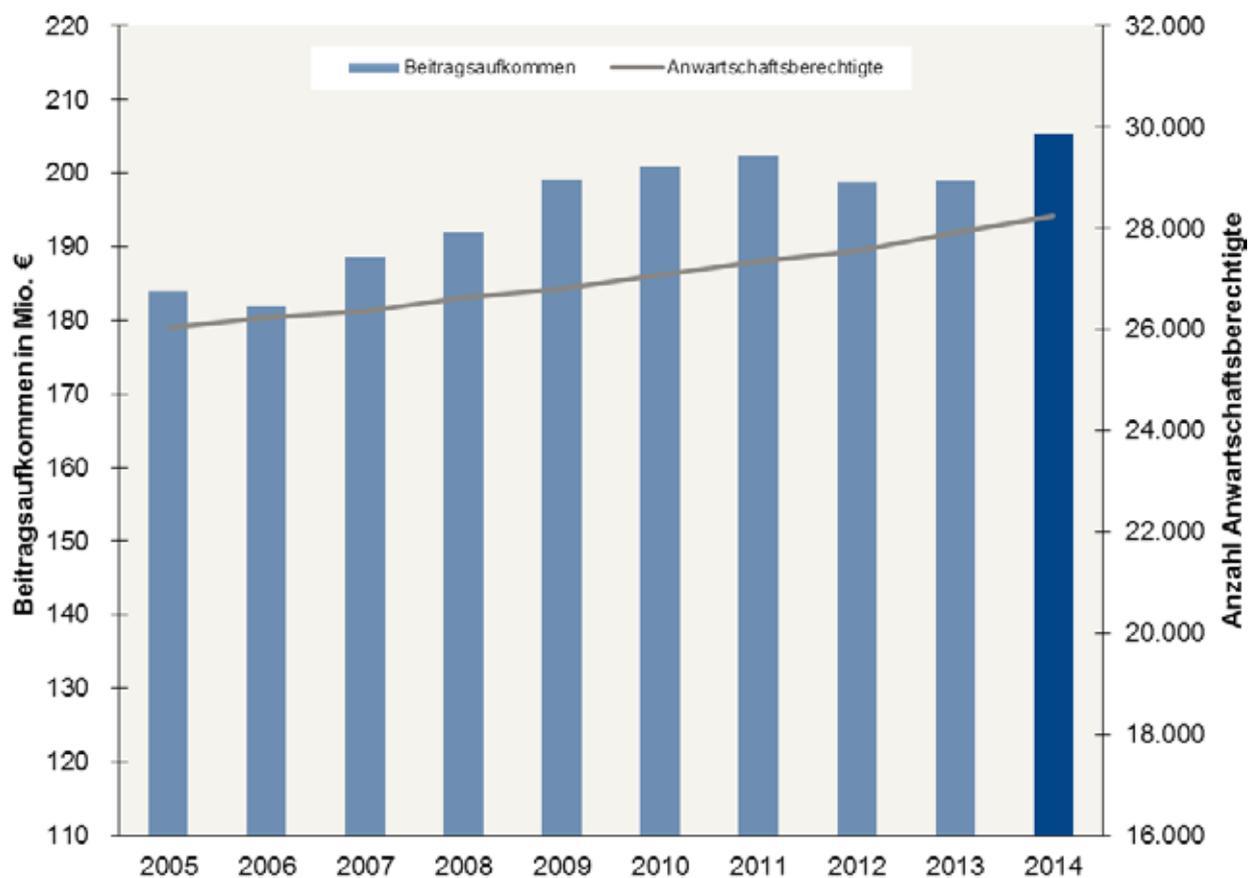
Anwartschaftsberechtigte

31. Dezember	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
männlich	8.286	8.198	8.047	7.987	7.880	7.806	7.814	7.755	7.765	7.736
weiblich	17.761	18.052	18.317	18.656	18.937	19.277	19.541	19.790	20.153	20.500
Insgesamt	26.047	26.250	26.364	26.643	26.817	27.083	27.355	27.545	27.918	28.236
davon Mitglieder	25.370	25.340	25.214	25.251	25.239	25.333	25.353	25.405	25.566	25.656

Beitragsaufkommen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Beiträge	175,8	176,1	181,9	184,4	189,8	191,8	194,0	190,5	189,4	194,3
Freiwillige Mehrzahlungen	8,1	5,9	6,6	7,6	9,3	9,1	8,4	8,2	9,6	11,1
Insgesamt	183,9	182,0	188,5	192,0	199,1	200,9	202,4	198,7	199,0	205,4

Beträge in Mio. €



Mitglieder mit Beitragspflicht nach Versorgungsart, Berufsgruppen und Geschlecht

		Gruppe		Gesamt
		A	B	
Eigentümer	m	-	2.621	2.621
	w	1	2.437	2.438
	Insgesamt	1	5.058	5.059
Pächter	m	-	318	318
	w	-	211	211
	Insgesamt	-	529	529
Angestellte	m	3	3.585	3.588
	w	3	14.942	14.945
	Insgesamt	6	18.527	18.533
Beamte	m	-	141	141
	w	-	118	118
	Insgesamt	-	259	259
Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten	m	1	176	177
	w	6	772	778
	Insgesamt	7	948	955
Gesamtbestand	m	4	6.841	6.845
	w	10	18.480	18.490
	Insgesamt	14	25.321	25.335

Mitgliederbewegung Aktive Mitglieder nach regionaler Zugehörigkeit

	Bestand 31.12.2013		Zugang	Abgang	Veränderung		Bestand 31.12.2014	
	Anzahl	v.H.	Anzahl	Anzahl	Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.
Bayern	12.137	47,5	499	468	31	34,5	12.168	47,4
Rheinland-Pfalz	3.239	12,7	166	189	- 23	- 25,6	3.216	12,5
Baden-Württemberg	9.113	35,6	434	344	90	100,0	9.203	35,9
Saarland	1.077	4,2	41	49	- 8	- 8,9	1.069	4,2
Insgesamt	25.566	100,0	1.140	1.050	90	100,0	25.656	100,0

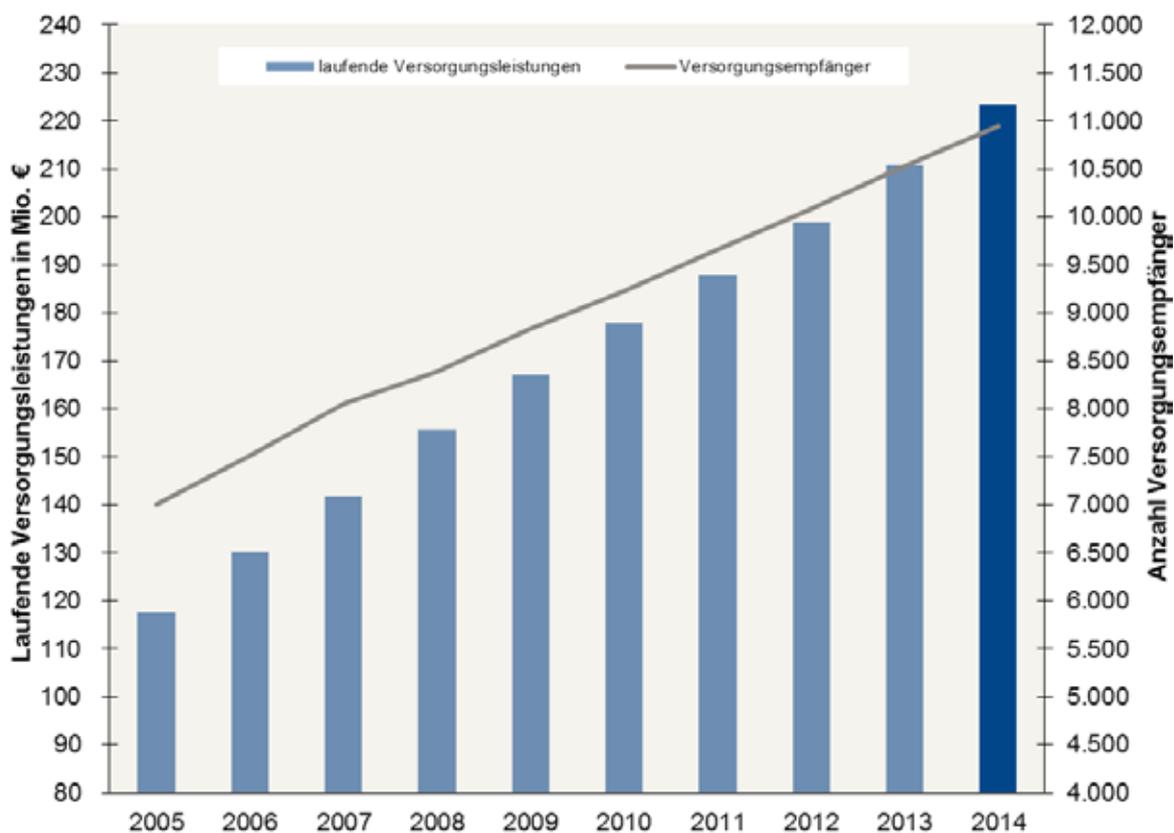
Versorgungsempfänger

31. Dezember	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Altersrentner	5.203	5.694	6.208	6.542	6.956	7.335	7.703	8.088	8.511	8.903
Berufsunfähigkeitsrentner	385	356	349	340	330	330	344	344	327	311
Witwen und Witwer	1.116	1.139	1.176	1.202	1.236	1.275	1.314	1.360	1.407	1.460
Waisen	288	314	318	298	299	285	299	278	270	266
Bezieher von Unterhaltsbeiträgen	9	9	9	8	8	7	7	7	7	7
Insgesamt	7.001	7.512	8.060	8.390	8.829	9.232	9.667	10.077	10.522	10.947

Laufende Versorgungsleistungen

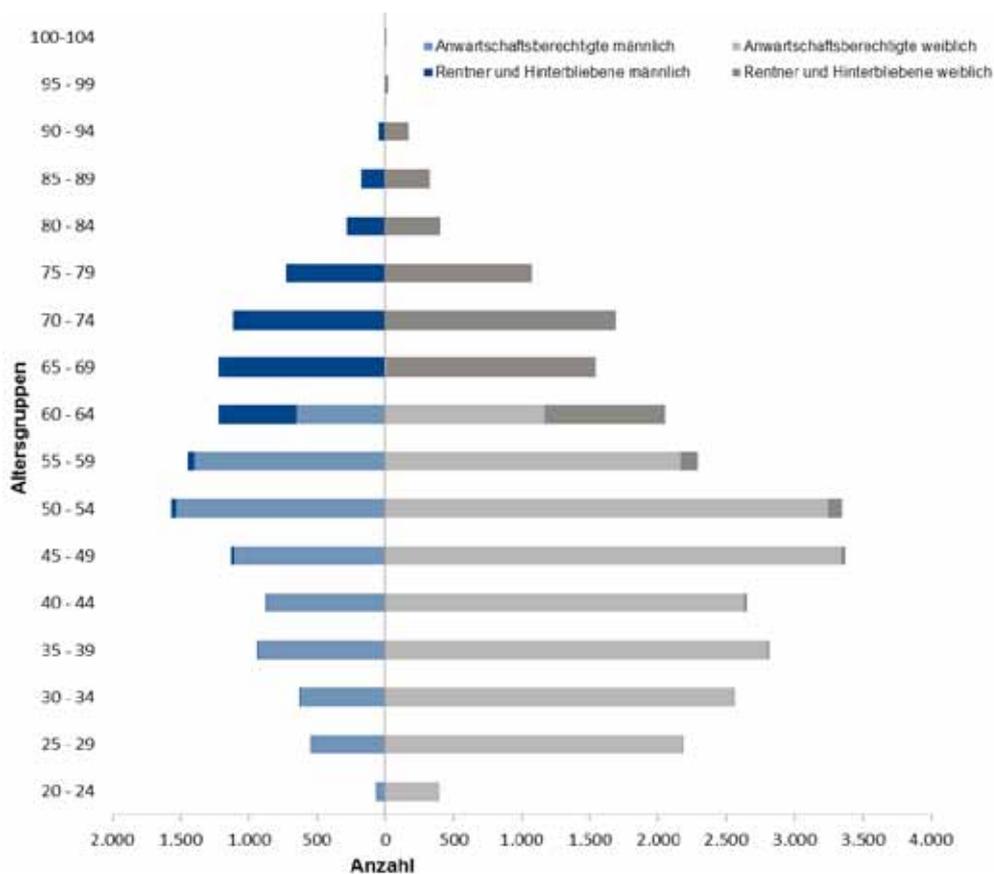
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Altersruhegeld	93,8	106,5	119,3	132,1	143,4	153,9	162,6	173,3	185,0	197,2
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit	10,2	9,5	8,3	8,0	8,1	7,4	7,6	7,3	6,9	6,5
Witwen- und Witwergeld	11,7	12,3	12,5	13,8	14,0	15,1	15,8	16,7	17,5	18,3
Waisengeld und freiwillige Leistungen	1,8	1,8	1,8	1,8	1,6	1,6	1,7	1,6	1,5	1,5
Insgesamt	117,5	130,1	141,9	155,7	167,1	178,0	187,7	198,9	210,9	223,5

Beträge in Mio. €



Altersaufbau des Bestandes am 31. Dezember 2014

Alter	Anwartschaftsberechtigte		Rentner		Witwen/r	
	m	w	m	w	m	w
20 - 24	65	396				
25 - 29	551	2.183				1
30 - 34	625	2.557		2	2	
35 - 39	938	2.801	2	10		1
40 - 44	865	2.631	3	11	5	7
45 - 49	1.113	3.344	8	25	9	9
50 - 54	1.534	3.245	18	53	15	52
55 - 59	1.395	2.169	34	54	25	63
60 - 64	648	1.168	539	775	31	109
65 - 69	2	6	1.172	1.412	47	127
70 - 74			1.016	1.498	102	192
75 - 79			652	895	74	182
80 - 84			245	286	39	119
85 - 89			144	196	33	131
90 - 94			34	114	13	55
95 - 99			5	10	3	14
100 - 104				1		
Insgesamt	7.736	20.500	3.872	5.342	398	1.062



Kapitalanlagen

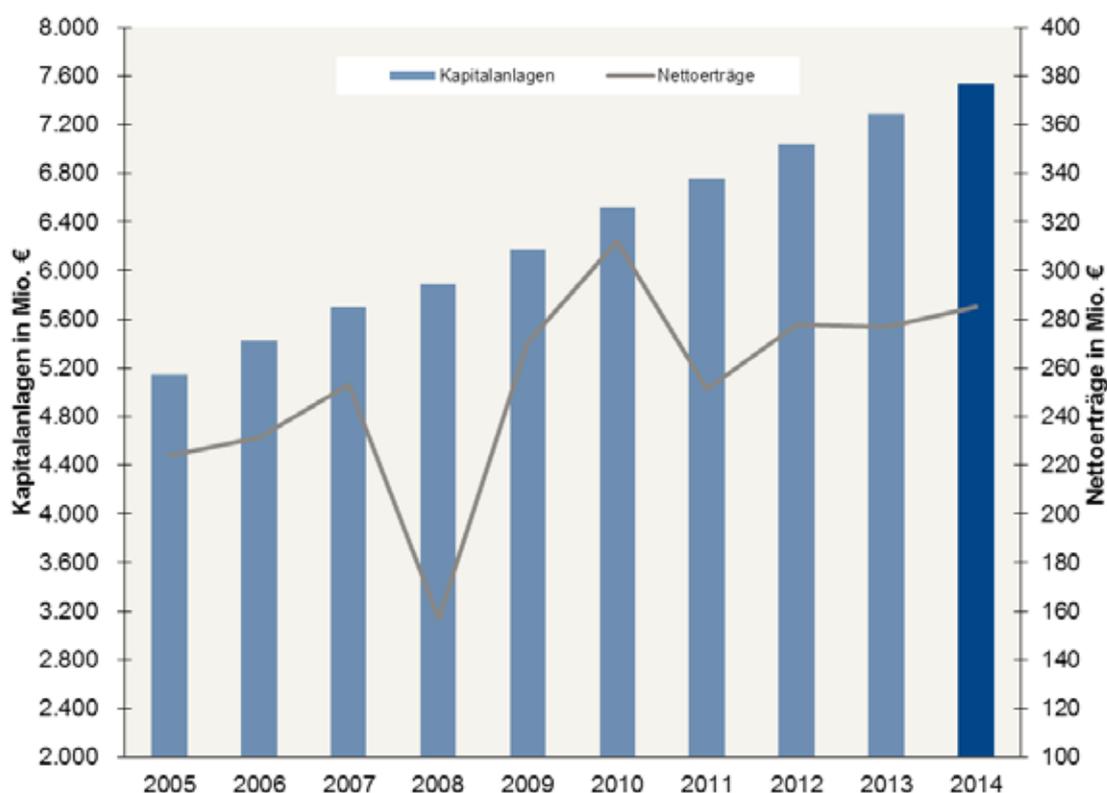
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Namenschuld- verschreibungen, Schuldscheinfor- derungen und Darlehen	4.201,84	4.276,52	4.360,77	4.467,09	4.568,05	4.515,35	4.391,80	4.436,30	4.554,80	4.419,30
Wertpapiere und An- teile	655,27	843,27	1.072,44	1.144,17	1.301,98	1.615,17	1.996,45	2.194,96	2.290,16	2.680,43
Grundstücke	285,74	280,45	273,20	275,24	307,01	376,02	373,61	384,46	391,78	347,05
Hypotheken-, Grund- schuld- u. Renten- schuldforderungen	0,94	0,54	0,46	0,26	0,14	0,00	0,00	23,00	52,50	91,70
Festgelder, Termin- gelder und Spargut- haben bei Kreditin- stituten	1,40	20,50	0,00	2,50	0,00	9,50	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	5.145,19	5.421,28	5.706,87	5.889,26	6.177,18	6.516,04	6.761,86	7.038,72	7.289,24	7.538,48

Beträge in Mio. €

Nettoerträge aus Kapitalanlagen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Erträge	233,64	241,39	266,88	255,25	292,58	326,20	298,43	296,97	292,85	300,91
Aufwendungen	9,77	10,15	13,87	98,32	22,20	14,02	47,08	19,08	16,02	15,73
Nettoerträge	223,87	231,24	253,01	156,93	270,38	312,18	251,35	277,89	276,83	285,18

Beträge in Mio. €



Bayerische Apothekerversorgung



Bayerische
Versorgungskammer

Arabellastraße 31
81925 München
Telefon: 089 9235 6
Fax: 089 9235 7041
E-mail: bapv@versorgungskammer.de
www.bapv.de